Nummer 3 | Stuttgart, 19. Januar 1929 | Auflage 910 000 | 47. Jahrgang

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis: Monatlich 1 Mark. Einzelnummer 25 Pfennig
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G. Berlin S. 14 — Postscheckkonto Stuttgart Nr. 6504

Verantwortlicher Schriftleiter: Fritz Kummer
Schriftleitung und Versandstelle: Stuttgart, Rötestraße 16
Fernsprecher S.-A. 628 41

Erscheint wöchentlich am Samstag
Eingetragen in die Reichspostzeitungsliste
Schriftsätze ohne Freiumschlag werden nicht zurückgesandt

Zum Gilbert-Bericht

Vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus befinden wir uns in diesem Augenblick in einer gewissen Schwierigkeit. Herr Parker Gilbert, der „Reparationsagent", das heißt der Sachwalter der ausländischen Kapitalisten in Deutschland, hat am 1. Januar seinen Jahresbericht veröffentlicht, worin er die Lage der deutschen Wirtschaft als im ganzen recht befriedigend bezeichnet. Er tut dies offenbar im Hinblick auf die nahe bevorstehende neue „Sachverständigenkonferenz", welche die endgültige Höhe der deutschen Tributzahlungen feststellen und zugleich entscheiden soll, ob Deutschland in der Lage ist, mehr als 2500 Millionen Mark jährlich zu geben. Man erinnert sich, daß dies im Dawesplan vorgesehen war, falls der Wohlstand Deutschlands 1929 eine gewisse Höhe erreicht habe.

Kein Wunder, daß die bürgerliche Presse Deutschlands vor Wut schäumt und Herrn Parker Gilbert — wenn auch in höflicher Form — die schlimmsten Vorwürfe macht; namentlich aber in den höchsten Tönen beteuert, daß es der deutschen Wirtschaft schlecht, geradezu jämmerlich schlecht gehe, so daß sie unbedingt eine Ermäßigung der Reparationslasten brauche, an einer Erhöhung aber sofort zugrunde gehen würde.

Was sollen wir nun dazu sagen? Sollen wir den deutschen Kapitalisten beipflichten? Mit einstimmen in ihren Klagesang über die Not der deutschen Wirtschaft? Aber dann müßten wir alles verleugnen, was wir seit Jahr und Tag geschrieben haben! Mehr noch: wir müßten den deutschen Kapitalisten, unseren Klassenfeinden, die Waffen und Beweisgründe in die Hand geben, die sie zum Schaden der deutschen Arbeiter, nämlich zu Lohnkürzungen, Arbeitstagverlängerungen usw. alsbald mit aller Schärfe verwenden würden.

Oder sollen wir bei dem bleiben, was wir als wahr erkannt und stets vertreten haben? Sollen wir nach wie vor betonen, daß es den deutschen Kapitalisten gegenwärtig sehr gut geht? Daß sie den Profit scheffelweise einheimsen und Geld genug haben, um die Arbeiter ausreichend zu bezahlen? — Dann würden wir, wie die politische Lage nun einmal ist, Herrn Parker Gilbert und damit den ausländischen Kapitalisten an die Seite treten. Sie könnten sich darauf berufen, daß ja die deutschen Arbeiter selbst ihnen Recht geben, und alsbald würde man uns in der deutschen bürgerlichen Presse des „Landesverrats" zeihen. Nun würden wir freilich einen solchen Vorwurf kaltblütig ertragen; wir wissen und könnten sofort mit genügend Beispielen erhärten, wo die wirklichen Landesverräter sitzen, die sich sogar während des Krieges nicht gescheut haben, Kriegsmaterial an die Feinde zu verschieben, bloß um des höheren Profits willen. — Indessen, es ist noch etwas anderes dabei. Die Reparationslasten werden in Wahrheit ja gar nicht von den deutschen Kapitalisten bezahlt, die im Gegenteil vielfach noch einen Extrarebbach daran machen, sondern von den deutschen Proletariern. Wenn es nun den fremden Kapitalisten gelingt, sie zu erhöhen, dann steigt damit die Belastung der deutschen Arbeiter. Dürfen wir dabei helfen?

Man kann sich auch nicht dadurch aus der Klemme helfen, daß man schweigt, etwa in dem Gedanken: für den deutschen Arbeiter kommt auf jeden Fall eine höhere Belastung heraus; entweder kriegen die fremden Kapitalisten Recht und dann ist mehr zu zahlen, oder die deutschen Kapitalisten kriegen Recht und dann besitzen sie den anerkannten „Beweis", daß es ihnen schlecht geht und daß sie die deutschen Proleten drücken dürfen. Für uns ist das Jacke wie Hose, also mögen sie ihren Streit allein ausfechten.

Was also sollen wir tun?

Die Lösung ist dennoch nicht so schwer, wie es nach all dem scheinen möchte. Vor allem ist innerhalb des Berichts ein Unterschied zu machen. Herr Parker Gilbert, als Vollblutbourgeois, kümmert sich den Teufel darum, daß das deutsche Volk aus verschiedenen Klassen besteht, denen es keineswegs gleichmäßig gut oder schlecht geht. Er redet von der „deutschen Wirtschaft" schlechthin. Soweit er aber von der Arbeiterklasse im besonderen spricht, fördert er das unglaublichste Zeug zutage. So zum Beispiel sein kindisches Geschwätz über die Arbeitslosigkeit: sie sei nur eine Folge der großen Geburtenzahl und werde ab 1930, vonwegen des Geburtenmangels der Kriegsjahre, von selbst aufhören. Diesen Quatsch hat die Metallarbeiter-Zeitung schon vor 2½ Jahren (im August 1926) widerlegt. Desgleichen was er über die angebliche Steigerung der Kaufkraft des Arbeitslohnes schreibt, stimmt zwar mit den Angaben des Statistischen Reichsamts überein, ist aber darum nicht weniger falsch. Herr Parker Gilbert beliebt so zu tun, als wenn ihm die Unrichtigkeit des amtlichen Lebenshaltungsindexes nicht bekannt wäre, als ob er davon nie etwas gehört hätte, trotz der vielen in aller Öffentlichkeit geführten Erörterungen. Nein, es ist schon so: gut geht es den deutschen Kapitalisten; aber den deutschen Proleten, das heißt der übergroßen Masse des deutschen Volkes geht es spottschlecht.

Nun aber das sonderbare: hier sind Stellen im Gilbertschen Bericht, die äußerst angreifbar sind. So ziemlich alles, was er über die Lage der deutschen Arbeiter, über die Kaufkraft der Bevölkerung usw. sagt, ist falsch. Wenn also die bürgerliche Presse Deutschlands den Bericht kritisieren, vernichten will — hier bietet er breite Angriffsflächen. Aber darüber schweigt sie und beweist damit, daß ihr selbst der Klassenvorteil wichtiger ist als das „Wohl des Landes", daß sie selbst ohne Scham und Scheu „Landesverrat" treibt. Denn wenn sie diesen Stellen des Berichts entgegenträte, dann würde sie den Arbeitern und ihren Gewerkschaften Beweisgründe in die Hand geben gegen das deutsche Kapital.

Aber auch soweit von der Lage des deutschen Kapitals die Rede ist, können und müssen wir bei der Wahrheit bleiben, wie wir sie erkannt und immer vertreten haben. Die deutschen Kapitalisten lügen, wenn sie behaupten, es gehe ihnen schlecht. Sie lügen mit Absicht und Bewußtsein, und es macht natürlich keinen Unterschied, ob sie das gegenüber den deutschen Arbeitern oder gegenüber dem Reparationsagenten tun.

Aber so sehr sie mit Absicht und Bewußtsein lügen, so sagen sie doch wider Willen und unbewußt die Wahrheit!

Das klingt sonderbar, indessen darf man wohl hoffen, daß die aufmerksamen Leser, die unsere früheren Abhandlungen über den Gegenstand verfolgt haben, es ohne weiteres verstehen werden. Die deutschen Kapitalisten wissen ganz gut, daß ihre Profite hoch sind. Folglich lügen sie, wenn sie das Gegenteil behaupten. Aber das tun sie aus dem instinktiven Gefühl heraus, daß ihre hohen Profite nicht aus einer geordneten blühenden Wirtschaft fließen, sondern aus einer übermäßigen Ausbeutung der Arbeitskraft, die nicht ins Endlose weitergehen kann. Ja, mehr noch: da das Kapital sich mit keinem Profit, so hoch er auch sei, zufrieden geben kann, sondern stets nach noch höherem Profit streben muß, und da hierfür die üblichen Mittel einer geordneten kapitalistischen Wirtschaft nicht vorhanden sind, so bleibt unter den gegebenen Umständen nichts anderes übrig, als die jetzt schon übermäßige Ausbeutung immer noch mehr zu steigern, die Lebenshaltung der Arbeiter immer noch tiefer herabzudrücken, wofür die Vorgänge der letzten Jahre einen ununterbrochenen Beweis liefern. Mag nun die Lammsgeduld der deutschen Arbeiter noch so groß sein — hier wird ihnen Unmögliches zugemutet. Einmal kommt unfehlbar der Tag, wo die Ausbeutung nicht mehr weiter gesteigert werden kann, aus sachlichen wie aus persönlichen Gründen nicht. Erhöhte Reparationslasten werden den Tag noch schneller herbeiführen.

Dämmert es drüben?

„Die Privatwirtschaft muß ihre Kartellkrücken abwerfen"

Der verflossene Ruhrkampf wurde von den Unternehmern unter der Losung geführt: Verteidigung des gegenwärtigen Preisstandes. Sie erklärten, daß selbst eine geringe Lohnerhöhung unweigerlich zu Preiserhöhungen führen müsse. Es war die alte Denkweise, daß jede Verteuerung der Produktion, namentlich durch Löhne, sofort auf den Preis der Produkte aufgeschlagen werden müsse.

Nun kommt ausgerechnet aus der schwerindustriellen Ecke eine ganz anders geartete Wirtschaftstheorie, die von den Gewerkschaften fast Wort für Wort unterstützt werden kann. Die von den Industrie- und Handelskammern an der Ruhr herausgegebene Rhein- und Ruhr-Wirtschaftszeitung bringt in ihrer Nr. 1 an leitender Stelle einen höchst auffälligen Aufsatz. Es steht dort zu lesen: Vermehrung und Verbilligung der Produktion seien bei beiden Grundpfeiler des wachsenden Wohlstandes vor dem Kriege gewesen. Je mehr wir produzierten, um so billiger wurde die Produktionseinheit, je billiger die Ware, um so größer der Absatz, um so mehr konnten wir produzieren. Was nützten aber alle schönen Theorien, wenn in Wirklichkeit der entgegengesetzte Weg eingeschlagen werde. Wenn statt mehr zu produzieren, die Produktion eingeschränkt werde; wenn statt sie zu verbilligen, sie verteuert werde; wenn statt den Absatzmarkt durch Preissenkung zu erweitern, er durch erhöhte Preise immer mehr eingeengt werde. Gegen diese verkehrte Wirtschaftspolitik müsse sich die Privatwirtschaft tatkräftig wenden. Wie vor dem Kriege müsse es heißen: „Vermehrung der Produktion und Senkung der Preise."

Der landläufigen (Unternehmer-) Meinung, daß dies infolge der Verhältnisse nicht möglich sei, wird folgendes entgegengestellt:

„Die Privatwirtschaft darf und kann sich nicht den Gang ihrer Entwicklung von außen aufzwingen lassen. Mit stolzer Genugtuung weisen die Gewerkschaften in ihren Berichten darauf hin, daß sie in den letzten Jahren durch ihre ständige Aktivität Lohnerhöhungen von mehr als 5 Milliarden Mark durchgesetzt haben. Kein Zweifel, daß ein Teil dieser Lohnerhöhungen durchaus berechtigt war, denn die Löhne waren nach der Stabilisierung der Währung zu weit zurückgeblieben... Kein einziger Fall ist bekannt, daß die Wirtschaft der Aktivität der Gewerkschaften eine eigene zielbewußte wirtschaftliche Aktivität entgegenstellt, daß sie eine Lohnforderung sofort mit einer Senkung ihrer Preise beantwortet habe.

Was ist denn das Hauptargument der Gewerkschaften: das steigende Preisniveau! Das Argument wird nicht durch Ministerreden über die Notwendigkeit der Preissenkung, sondern nur durch die Kraft des eigenen Entschlusses der Wirtschaft beseitigt werden. Wenn Lohnerhöhungen im Einzelfall zu tatsächlichen Verlusten führen, dann ist es besser, die Verluste freiwillig durch Senkung der Preise zu tragen, wodurch die Absatzmöglichkeiten erweitert werden, als unfreiwillig mit nachfolgender Preiserhöhung, das heißt Absatzverminderung. Die Gefahr, daß trotzdem der Reichsarbeitsminister die Löhne erhöhen werde, ist um so geringer, je konsequenter und großzügiger der Weg der Preissenkung beschritten wird.

Eine aktive Lohn- und Preispolitik dieser Art setzt allerdings einen in viel höherem Maße voraus, als dies in den letzten Jahren im allgemeinen in der Privatwirtschaft der Fall war: die Bereitschaft, den Willen und die Entschlußkraft, auch ohne die Möglichkeit sofortigen Preisausgleichs erhöhtes Risiko tragen und zeitweise Verluste und Opfer zu übernehmen, selbst auf die Gefahr hin, daß einzelne Unternehmer dabei zugrunde gehen... Bei aller Wertschätzung der wirtschaftlich gesunden und brauchbaren Seiten der Kartelle, Syndikate, Verbände, Preisvereinbarungen, Konventionen usw. steckt in diesen Bindungen doch zugleich der Gedanke der Versicherung auf Gegenseitigkeit, der in Zeiten außergewöhnlicher Notstände zum Durchhalten lebenswichtiger Glieder begrüßt, als Dauererscheinung aber zu einer Verweichlichung und Verminderung der persönlichen Initiative führen muß. Es wird aus den verschiedensten Gründen Zeit, daß die Privatwirtschaft versucht, diese Krücken nach und nach abzuwerfen und sich das Einzelunternehmen wieder auf eigene Füße stellt. Die Reinigungskrise der Jahre 1924 und 1925 hat noch nicht allen Schlamm beseitigt. Eine weitere Auslese wird folgen. Sie wird von den gesunden und lebenswerten Kräften um so besser überwunden werden, je eher sie kommt und je schärfer sie bewußt herbeigeführt wird."

Wir können uns nicht entsinnen, etwas derartiges schon einmal in einem der Schwerindustrie nahestehenden Blatte gelesen zu haben. Es wird dort anerkannt, daß die von den Gewerkschaften geforderten Lohnerhöhungen zum Teil berechtigt waren. Wenn die Vertreter der Schwerindustrie schon einen Teil der Lohnerhöhungen als berechtigt erklären, so kann man sie ruhig als vollberechtigt betrachten. Die Ansicht, eine Lohnforderung sofort mit einer Senkung der Preise zu beantworten, ausgesprochen von dieser Seite, kann als eine umstürzende Theorie betrachtet werden. Wie mögen die Herren Reusch und Genossen mit den Köpfen gewackelt haben, als sie in ihrem Papier lasen, daß durch Lohnerhöhungen entstandene Verluste freiwillig durch Senkung der Preise zu tragen sind. Oder sollten sie etwa von diesem Aufsatz gewußt haben? Es braucht von unserer Seite kaum betont zu werden, daß wir die Senkung der Preise lebhaft unterstützen. Es ist eine von uns schon immer ausgesprochene Binsenwahrheit, daß Preissenkung zur Steigerung der Realeinkommen aller Bevölkerungsschichten führt. Wenn man in der Urheimat der Kartelle, Syndikate und Verbände plötzlich die Meinung äußern hört, daß diese eine Versicherung auf Gegenseitigkeit sind und zur Verweichlichung und Verminderung der persönlichen Initiative führen, dann ist man genötigt, erst einmal Luft zu schnappen.

Als wir den Aufsatz lasen, fragten wir uns, warum eigentlich der Ruhrkampf geführt werden mußte? Oder sollte etwa eine Umkehr, wie oben angedeutet, seine Lehre sein? Indessen, eine Schwalbe macht noch keinen Sommer. So wollen wir denn abwarten, ob der Mahnruf der Rhein- und Ruhr-Wirtschaftszeitung Gehör findet in den Kreisen, an die er gerichtet ist.

Ein Rückblick

auf den 14wöchigen Werftarbeiterstreik

Vom Bezirksleiter Hermann Kemplens-Hamburg

„Im Tarifstreit zwischen der Norddeutschen Gruppe des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller, Abteilung Seeschiffswerften, und dem Deutschen Metallarbeiter-Verband, Bezirk Hamburg, dem Deutschen Holzarbeiterverband und den übrigen am Tarifvertrag beteiligten Arbeitnehmerverbänden wird der Schiedsspruch vom 21. Dezember 1928, der unter dem Vorsitz eines vom Reichsarbeitsminister für diesen Streitfall bestellten Schlichters gefällt worden ist, gemäß Artikel I § 6 der Verordnung über das Schlichtungswesen vom 30. Oktober 1923 im öffentlichen Interesse für verbindlich erklärt."

gez. Wissell.

Mit diesem dürftigen Wortlaut, ohne weitere sachliche Begründung wurde ein gerechter Kampf von vierzehn Wochen Dauer zwangsläufig zum Abbruch gebracht. Es ist für die Werftarbeiter ein bitteres Gefühl, auf diese Weise um einen besseren Erfolg gebracht zu werden. Hätte die Verbindlichkeitserklärung verhindert werden können, wir glauben bestimmt, daß uns in aller Kürze ein besserer materieller Erfolg beschieden gewesen wäre. Die vom ersten Streiktage an im Unternehmerlager gehegte Erwartung, die wiederholt durch Wort und Schrift betont wurde, ging dahin, daß jede erneute Abstimmung, selbst dann, wenn der erste Schiedsspruch des Schlichters die Grundlage bilden sollte, den Streik zur Beendigung bringen würde. Diese Annahme wurde den Unternehmern durch das Abstimmungsergebnis über den Schiedsspruch vom 21. Dezember 1928 genommen. Der hierbei zum Ausdruck gekommene ungebrochene Kampfeswille, der in diesem Ausmaß selbst uns überraschte, gab die Gewähr, daß eine Beendigung des Kampfes zu annehmbaren materiellen Bedingungen nicht mehr allzufern sein konnte. Die Gefahr einer möglichen Verbindlichkeitserklärung kannten wir und doch hatten wir, als wir der ergangenen Einladung zur Nachverhandlung Folge leisteten, eine gewisse Berechtigung zu der Hoffnung, daß es uns möglich sein werde, das Übel abzuwehren angesichts der Tatsache, daß beide Parteien den Schiedsspruch abgelehnt hatten. Alle unsere Bemühungen, die Verbindlichkeitserklärung zu verhindern, waren vergeblich. Wir legen Wert auf die Feststellung, daß von unserer Seite mit aller Kraft diese Bemühungen gemacht worden sind.

Wie war der Gang der Dinge? Wer erstrebte vom Beginn des Kampfes ab ein neues Verfahren? Wer waren die Hintermänner, die die Handelskammer veranlaßt haben, eine Eingabe an die Regierung zu machen? Auf wessen Veranlassung wurde der Werftarbeiterstreik zum Beratungsgegenstand im Reichskabinett gemacht? Es ist offenkundig, daß Verbindungsfäden zwischen Teilen des Kabinetts und dem Unternehmertum bestanden haben. Woher wußten die Werftunternehmer schon

einige Tage zuvor, daß das Reichskabinett sich in seiner am Dienstag der darauffolgenden Woche vormittags um 11 Uhr tagenden Sitzung mit dem Werftarbeiterstreik beschäftigen und den Beschluß fassen würde, den Reichsarbeitsminister zu beauftragen, einen Sonderschlichtungsausschuß einzusetzen mit dem Ziel, den Werftarbeiterstreik zu beendigen? Nicht wir, wohl aber die Unternehmerseite hatte die Zuversicht, daß der neue Schiedsspruch für verbindlich erklärt werde. Sie konnten sich die große Geste der Ablehnung erlauben.

Als bei den Verhandlungen am 19. und 20. Dezember 1928 in Berlin irgendwelche Einigungsmöglichkeiten nicht erkennbar waren, ist von uns den Unternehmern der Vorschlag gemacht worden, beiderseits zu erklären, daß angesichts des bisherigen Verlaufs der Verhandlungen eine Einigung noch nicht möglich erscheine und beide Parteien an der Mitwirkung eines Sonderschlichtungsausschusses nicht interessiert seien. Die Unternehmer lehnten die Abgabe einer solchen Erklärung ab. Doch das nur nebenbei. Die Winkelzüge der Werftherren haben den gewünschten Ertrag nicht ganz gebracht. So billigen Kaufes, wie erwartet, sind sie nicht davongekommen. Einmal kostet den Werften die Aufrechterhaltung ihrer Verbohrtheit nach eigenen Angaben etwa 12 bis 13 Millionen Mark an entgangenem Verdienst, dann aber sind die neuen Bestimmungen wesentlich anders, als von Unternehmerseite erhofft wurde. Gewiß sind die Lohnbestimmungen in ihrer materiellen Auswirkung nicht besser, als der Stenzel'sche Schiedsspruch dies vorsah, aber wir haben keine Veranlassung, die anderen neuen Bestimmungen des Schiedsspruchs, das heißt des nun geltenden Tarifvertrages schlechter darzustellen, als sie sind. Die Verkürzung der Arbeitszeit sofort um zwei Stunden und um eine weitere Stunde am 1. November 1929 ist ein beachtlicher Erfolg, der um so höher veranschlagt werden muß, als es gerade die Norddeutsche Gruppe des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller, Abteilung Seeschiffswerften, gewesen ist, die in der Metallindustrie richtunggebend für den neunstündigen Arbeitstag war. Die Vertreter der Norddeutschen Gruppe waren es, die jeder Verkürzung der Arbeitszeit den hartnäckigsten Widerstand entgegensetzten. Dieser Bann ist gebrochen. Die Beseitigung der 49. Arbeitsstunde wird zur gegebenen Zeit in der Art der Beseitigung eines Schönheitsfehlers zu bewerten sein. Wir betonen an dieser Stelle unseren festen Willen, daß unser weiteres Ziel die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit unter 48 Stunden sein wird. Dann: die Bezahlung des Urlaubs zum Durchschnittsverdienst entspricht unseren Forderungen, ist also ein voller Erfolg. Ein weiterer Erfolg liegt in den neuen Bestimmungen der Urlaubsbezahlung bei Entlassungen wegen Arbeitsmangel.

Aus all diesen Gründen kommen wir trotz aller Enttäuschung über die erfolgte Verbindlichkeit zu dem Schluß: Der vierzehnwöchentliche Kampf ist für die Werftarbeiter kein verlorener Kampf. Die Entschlossenheit und die Tatkraft, die über alles Lob erhabene Haltung der gewerkschaftlich organisierten Werftarbeiter aller Werftorte während des langen Streiks wird auf die Werftunternehmer ihre Wirkung nicht verfehlen. Die nun erfolgte Arbeitsaufnahme zeigt keinen Werftarbeiter in der Haltung eines Unterlegenen. Diese Haltung gibt uns die Gewähr, daß in der Zeit der Laufzeit dieses Zwangstarifs in materieller Hinsicht noch manches gutgemacht werden kann.

Die bei Bekanntwerden des Schiedsspruchs vorherrschende Enttäuschung über die festgesetzten Grundlöhne wird sich umsetzen in das unentwegte Bestreben, innerhalb der Betriebe trotz der zu niedrig bemessenen Grundlöhne einen höheren Verdienstanteil zu erlangen.

Zum Schluß noch einige Bemerkungen zum „Werftkampf und Schlichtungswesen". Im Verlaufe des Kampfes haben wir in der Presse wiederholt darauf hingewiesen, daß die Werftarbeiter auf Grund ihrer Erfahrungen dem Schlichtungswesen besonders skeptisch gegenüberstehen. Sie haben Grund zu der Annahme, daß die beiden letzten großen Kämpfe in der Werftindustrie, die Aussperrung im Jahre 1924 und der jetzt zum Abschluß gekommene Streik, beide von je vierzehnwöchentlicher Dauer, hätten verhindert werden können, wenn der betraute Schlichter weniger durch innere Belastungen gehemmt gewesen wäre. Auch wir kommen zu der Auffassung, daß das Amt eines Schlichters hauptamtlich sein muß, und daß die weitere Ausübung sonstiger Ämter, die, wie im vorliegenden Falle, Unternehmerinteressen allzusehr berühren, nicht geeignet ist, den Schlichter in seinem Urteil innerlich frei zu machen.

Aber auch noch in anderer Beziehung wird die zwangsläufige Beendigung des Werftarbeiterkampfes ein Anlaß sein, gewisse Vorkommnisse der letzten Zeit zu beleuchten. Das Problem Schlichtungswesen ist lange umstritten. Die Gewerkschaften anerkennen in der Verbindlicherklärung einen Hoheitsakt des Staates und demzufolge haben sie den Werftkampf abgebrochen, unbeschadet des schlechten Beispiels der Schwerindustriellen. Grundsätzlich geben wir aber der Meinung Ausdruck, daß ein Schiedsspruch gegen den Willen beider Parteien nicht verbindlich erklärt werden darf. Wir glauben auch zu wissen, daß das letztere seit dem letzten Gewerkschaftskongreß die Auffassung des Reichsarbeitsministeriums ist. Und doch wurde im vorliegenden Falle, obschon keine Partei für den Schiedsspruch war, die Verbindlicherklärung ausgesprochen. Wir machen dafür nicht den Reichsarbeitsminister als Person verantwortlich. Vielmehr verweisen wir auf unsere hier oben gemachten Ausführungen, die besagen, daß das Reichskabinett sich mit dem Werftkampf beschäftigt hat und daß vorher bereits eine gewisse Presse zu berichten wußte, das Kabinett werde beschließen, den Reichsarbeitsminister zu beauftragen, den Streik bei den Werften zum Abschluß zu bringen! Und da fragen wir: Wer hat einen solch überragenden Einfluß in der (oder über die) Reichsregierung, daß diese sich zu Handlungen bereitfindet, die den heftigsten Widerstand der freien Gewerkschaften auslösen müssen?

Im Anfangsstadium gab die Reichsregierung das Hoheitsrecht des Staates, das in der Verbindlicherklärung liegt, zum Schaden der Arbeiter und der Gewerkschaften preis. Bei unserem Sinnen der Werften scheinen dieselben Kräfte am Werke gewesen zu sein, die ihren Einfluß auf das Kabinett ausgeübt haben. Da stehen wir nicht an, zu erklären, daß für uns, für die Gewerkschaften die Fortdauer eines solchen Zustandes untragbar erscheint. Wir als Gewerkschafter sind entsprechend unserer ganzen Tätigkeit Realpolitiker; wir müssen dieses sein. Von diesem Gesichtskreis aus haben wir bis heute auch die Frage der Koalitionspolitik beurteilt. Wir glauben aber aussprechen zu müssen, wenn so weiter gehandelt wird, daß angesichts der oben behandelten Vorgänge der sozialdemokratische Gewerkschafter die Frage der Koalitionspolitik einer neuen Prüfung wird unterziehen müssen.

Das Wirtschaftsjahr 1928

II.

Die Nachhaltigkeit des guten Geschäftsgangs in der Eisenindustrie beweist einwandfrei, daß die stark gesteigerte Erzeugung nicht auf einer Ankurbelung durch den englischen Arbeitskampf, sondern auf wesentlich anderen Ursachen beruht. Eine dieser Ursachen ist die Wirtschaftsbelebung nach den schlechten Jahren 1925/26 überhaupt. Sie geht einwandfrei aus der Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt hervor. Während des Krisenjahres 1925/26 senkte sich die Zahl der vollbeschäftigten Gewerkschaftsmitglieder auf etwa 70 vH, wobei Kurzarbeit auf Arbeitslosigkeit umgerechnet ist. Es tritt dann eine Erholung bis 81,4 Ende 1926 und 86,4 Ende 1927 ein. Das Jahr 1928 bringt keine Abflachung, vielmehr bewegt sich der Index Mitte des Jahres sogar über 92,5 heraus, um sich Ende des Jahres 1928 immer noch über 90 vH zu behaupten. In den eigentlichen Produktionsmittelindustrien, also vorzugsweise im Maschinenbau usw., liegt die Zahl der vollbeschäftigten Gewerkschaftsmitglieder Anfang 1926 um 73. Es tritt dann eine Erholung bis Ende 1926 auf 85 ein und bis Ende 1927 auf rund 95.

Der Beschäftigungsgrad erweist sich auch während des Jahres 1928 als durchaus widerstandsfähig und pendelt Ende des Jahres um etwa 89 bis 90 vH. Wenn etwas die gute Untermauerung des Geschäftsverlaufs im Jahre 1928 und die Unabhängigkeit von zufälligen Einflüssen wie dem englischen Bergarbeiterkampf beweist, dann die Verfassung des Arbeitsmarkts. Man kann nicht gut von einer krisenhaften Verschärfung der Lage sprechen, wenn sich bei einer Erhebung ergibt, daß 95 vH Gewerkschaftsmitglieder voll beschäftigt sind. Stütze erhielt die Lage in der Eisen- und in der Metallindustrie vor allem durch die Belebungen auf dem Baumarkt. Noch im Jahre 1926 läßt sich eine Vollbeschäftigung sämtlicher Gewerkschaftsmitglieder im Baugewerbe leider nicht feststellen, wobei hier und auch weiter unten eine Ausschaltung zufälliger Beeinflussungen, besonders der jahreszeitlichen, der sogenannten Saisoneinflüsse, vorgenommen ist. 1927 und 1928 wird in den eigentlichen Baumonaten jedoch diese Vollbeschäftigung erreicht. Diese Tatsache ist deshalb bemerkenswert, weil die günstige Entwicklung sich ohne die viel verlangten Auslandsanleihen für den Bau- und Wohnungsmarkt durchsetzen konnte. Der Baumarkt wird auch für die Eisenindustrie für lange Zeit eine wesentliche Stütze sein, weil der ungeheure Fehlbedarf an Wohnungen (einschl. Abbruch weit über 2 Millionen) durchaus geeignet ist, das im Baugewerbe annähernd erzielte Gleichgewicht zu halten.

Ausschlaggebend ist aber für den Geschäftsverlauf, besonders in der eisenverarbeitenden Industrie, die wirtschaftstechnische Umstellung geworden. Sie begann ungefähr Ende 1925 in der Form aufzutauchen, wie wir sie heute kennen, und stellt sich vorzugsweise in einer weiteren Maschinierung unserer Erzeugung sowohl in der Industrie als auch in der Landwirtschaft dar. Es ging eine ungeheure Erweiterung der Maschinenbestände vor sich; in vielen Wirtschaftszweigen kann man von einer völligen Erneuerung der Maschinenparks sprechen. Es sei hier nur an den Werkzeugmaschinenbau, weiter an die Textilmaschinenindustrie und die Herstellung von Papiermaschinen erinnert.

Das Immerweitertreiben der wirtschaftstechnischen Umstellung, der Rationalisierung, hat den Maschinenbau und damit die ganze eisenverarbeitende Industrie maßlos beeinflußt. Der Tiefstand 1924/25 und 1925/26 ist recht gründlich überwunden worden. Die technischen Ausstellungen in Deutschland wurden die Maschinenmärkte der Welt und selbst wenn man die unternehmerliche Behauptung, daß die Maschinierung in Deutschland vorläufig zum Abschluß gekommen sei, als wahr unterstellen will, bleibt doch die Tatsache bestehen, daß das Ausland erst in die wirtschaftstechnische Umstellung hineinging und dabei im Maschinenbezug auf Deutschland angewiesen ist. Für diese Annahme spricht auch die in den letzten Monaten zu verzeichnende Besserung im Auftragsbestand und im Auftragseingang der deutschen Maschinenbauanstalten. Davon abgesehen glauben wir nicht, daß sich die Anforderungen der deutschen Industrie an den deutschen Maschinenbau in absehbarer Zeit wesentlich verringern werden. Wenn deutsche Unternehmer, zum Beispiel der Großindustrielle Peter Klöckner, in seiner bekannten Duisburger Rede über die Eisenaussperrung das Gegenteil behauptet, so kann man dem nur gegenüberstellen, daß in bedeutenden Wirtschaftszweigen, u. a. im Bergbau, von dem gerade Klöckner etwas anderes behauptet, die Maschinierung erst begonnen hat.

Im großen und ganzen läßt sich also auch für die Zukunft der eisenschaffenden und der eisenverarbeitenden Industrie Gutes erwarten. Ein Absacken der Geschäftslage und des Geschäftsverlaufs, wie wir das nach der Konjunkturspritze der Rentenmarkeinführung 1924/25 erlebten, dürfte kaum in Frage kommen. Dafür hat sich das ganze Wirtschaftsgefüge im Jahre 1928 zu fest und zu widerstandsfähig erwiesen; dagegen sprechen vor allem die Verfassung des Baumarktes und die Notwendigkeit einer beschleunigten Maschinierung nicht nur in der europäischen Industrie, sondern vor allem auch in der europäischen Landwirtschaft.

Wenn irgendeine Klippe für einen befriedigenden Geschäftsverlauf vorhanden ist, dann nur die Behandlung der Kaufkraftfrage, insbesondere in Deutschland. Jede wirtschaftliche Blüte kann sich nur auf dem Vermögen breiter Massen aufbauen, möglichst viel Waren auf den Märkten zu kaufen. Wird dieses Vermögen irgendwie eingeschränkt, dann kommt es zu Verwicklungen, die sich als Wirtschaftskrise darstellen. Wenn man den Verlauf des Jahres 1928 nach dieser Seite hin betrachtet, tauchen recht ernste Bedenken auf. Zunächst läßt der Umsatz an und für sich unbefriedigt.

Die wertmäßigen Umsätze bei uns sind im Jahre 1928 stark angestiegen, zum mindesten haben sie sich auf der Höhe des Vorjahres gehalten. Dagegen sehen wir, daß die mengenmäßigen Umsätze zurückgegangen sind, auf vielen Märkten bis zu 10 und mehr vH. Diese Gegensätzlichkeit erklärt sich nur dadurch, daß die Preise sich im Jahre 1928 weiter nach oben entwickelt haben. So kamen wertmäßige Umsätze zustande, die denen des Vorjahres entsprachen, ohne daß dieselben Mengen wie 1927 verkauft worden sind. Auch jetzt hat sich die Preisbewegung nur zum Teil in ihrer Natur geändert. Die freien Preise, das heißt diejenigen Preise, die sich mehr auf Grund von Angebot der Ware und Nachfrage nach Ware auf den Märkten bilden, gingen bis zur zweiten Hälfte des Jahres 1928 scharf herauf, um Ende 1928 zum Stillstand zu kommen. Hier hat nur noch die Frachtsteigerung durch die Reichseisenbahngesellschaft empfindliche Veränderungen verursacht. In der Hauptsache kommen diese freien Preise jedoch nur für Waren der Gebrauchsgüterindustrien in Frage. Für die Produktionsmittelindustrie ist die Preisbewegung nach oben noch nicht zum Stillstand gekommen. Es handelt sich hier um Verbandspreise, das heißt um solche Preise, die auf Preisabmachungen irgendeines zusammengeschlossenen Wirtschaftszweiges beruhen.

Die noch anhaltende Preissteigerung erforderte unzweifelhaft eine weitgehende Anpassung der Löhne an den Preisstand. Sie konnte nicht genügend durchgeführt werden. Dadurch ergab sich ein Gegensatz in der Preisbildung und der Lohnentwicklung, der zur Folge hatte, daß die Kaufkraft des Einzelnen nachgelassen hat. Der sinkende Reallohn stellt sich in einer Verlangsamung der Einkommensbildung gerade bei den großen Massen und in einer vermehrten Kapitalbildung bei den Erwerbsunternehmungen dar. Die erste Folge ist Verringerung der mengenmäßigen Umsätze, die zweite Folge ist oder wird sein eine Drosselung der Erzeugung. Wir dürften nicht fehlgehen, wenn wir annehmen, daß die Bewegung auch in der Eisenindustrie, die vielfach als rückläufig angesprochen wird, auf diesen Veränderungen im Verhältnis von Preis und Lohn beruht.

Betrachtet man die Bestrebungen des Unternehmertums, zu einer schärferen Kapitalbildung zu kommen, nach dieser Richtung, so kann man sie nur als schlechteste Wirtschaftspolitik ansprechen, als eine Gefährdung des bisher günstigen Geschäftsverlaufs. Denn für die Arbeiterschaft bedeutet die von den Unternehmern geforderte schärfere Kapitalbildung nichts anderes als eine Verschlechterung auf dem Arbeitsmarkt, verschlechterte Lebenshaltung, Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit. Die künftige Wirtschaftsentwicklung prägt sich so furchtbar eindeutig aus: Hat die Arbeiterschaft nicht die Kraft, den Bestrebungen der Unternehmer entgegenzutreten, dann muß sie die Krise in der Wirtschaft und auf dem Arbeitsmarkt in Kauf nehmen; eine wirtschaftliche Blüte kann eben nur auf angemessen hohen Löhnen beruhen. Die Kraft des Widerstandes kann aber die Arbeiterschaft nur in großen und leistungsfähigen Gewerkschaften entwickeln. Die starke gewerkschaftliche Organisation ist also für den Arbeiter nicht nur eine Versicherung gegen den Arbeitskampf, sondern auch beste Wirtschaftspolitik, Vorsorge für ein gutes Wirtschaftsjahr 1929.

Steigerung der konsumgenossenschaftlichen Umsätze

Von der GEG und dem Zentralverband deutscher Konsumvereine werden jetzt die Umsätze für das dritte Vierteljahr bekannt gegeben. Die Umsätze der berichtenden 610 Konsumgenossenschaften betrugen im dritten Vierteljahr insgesamt 269 245 679 ℳ gegen 263 888 616 ℳ im zweiten Vierteljahr. Die GEG steigerte ihren Umsatz von 96,9 auf 115,8 Millionen Mark, das sind 43,03 vH des genossenschaftlichen Umsatzes. Die Spareinlagen wuchsen von 253,9 auf 281,5 Mill. Mk. Für das Mitglied betrug der Vierteljahrsumsatz 97,34 ℳ gegenüber 84,80 ℳ im zweiten Vierteljahr 1928 und 83,49 ℳ im dritten Vierteljahr 1927. Angesichts der verschlechterten Wirtschaftslage kann das Gesamtergebnis als durchaus befriedigend bezeichnet werden.

Kapitalistischer Wahnwitz

Die Rationalisierung in der Fahrzeugindustrie

Die deutsche Fahrzeugindustrie macht eine zufriedenstellende Entwicklung durch. Die Rationalisierung hat sich voll ausgewirkt und kommt auch in den Preisen zum Ausdruck. Die deutsche Kraftfahrzeugindustrie beschäftigte 1925 rund 84 900 Arbeiter und Angestellte, 1927 hingegen 73 000. Die Arbeiterzahl hatte also um rund 12 000 abgenommen. An Löhnen und Gehältern zahlte die Industrie im Jahre 1925 rund 175 Mill. und 1927 174,3 Mill. Mk., also den gleichen Betrag. Auf den Kopf des Arbeiters entfiel 1924 ein jährlicher Lohn von 2060 ℳ und 1927 von 2390 ℳ. Wenn man die Arbeiterzahl mit der Zahl der hergestellten Wagen in Vergleich stellt, so ergibt sich, daß im Jahre 1925 auf 100 Arbeiter 146, im Jahre 1927 auf die gleiche Zahl 282 Wagen entfallen. Der Lohn des einzelnen Arbeiters stieg um 12 vH, während seine Arbeitsleistung nahezu um das Doppelte gesteigert wurde. 86 vH der 1925 beschäftigten Arbeiter stellten 1927 169 vH der Produktion von 1925 her. Es dürfte in Deutschland keine Industrie geben, die innerhalb von zwei Jahren ein gleichartiges Ergebnis der Rationalisierung verzeichnen konnte. Wenn es in Deutschland heute bessere und verhältnismäßig billigere Kraftfahrzeuge gibt, dann ist dies der Leistungsfähigkeit und nicht zuletzt der Bescheidenheit der Arbeiter in der Fahrzeugindustrie zu danken.

Fürsorge für berufsübliche Arbeitslosigkeit

Im Reichsarbeitsblatt wird ein Gesetz verkündet, wodurch die Arbeitslosenfürsorge eine Erweiterung erhält. Hinter dem § 101 des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung wird eingefügt: „Soweit durch Verordnung des Verwaltungsrats der Reichsanstalt auf Grund des § 99 Absatz 3 die Höchstdauer der Arbeitslosenunterstützung für Angehörige von Berufen oder Gewerben, in denen eine regelmäßig wiederkehrende Arbeitslosigkeit berufsüblich ist, innerhalb des Zeitraums der berufsüblichen Arbeitslosigkeit verkürzt ist, wird die Arbeitslosenunterstützung diesen Personen als Sonderunterstützung abweichend von den Vorschriften der §§ 95 und 99 nach neuen Bestimmungen gewährt." Dieses Gesetz gilt hauptsächlich für diejenigen Berufe, die namentlich im Winter erwerbslos werden. Eine alte Forderung der Gewerkschaften wurde somit erfüllt.

Technik und Werkstatt

Neuzeitliche Stahlkammern

Von Ernst Trebesius

Wie in dem harten Kampfe zwischen Geschütz und Panzer bald mal das Geschütz, bald wieder mal der Panzer als Sieger hervorging, so unterlag auch in dem jahrzehntelangen Ringen zwischen den Tresortechnikern und der Einbrecherzunft bald der Verteidiger, bald der Angreifer. Im Gegensatz zur Kriegstechnik, wo gegenwärtig das Geschütz der Stärkere ist (das 20 Zentner schwere Geschoß eines Schiffsgeschützes durchschlägt nahe der Rohrmündung glatt eine meterdicke Panzerplatte), kann heute die Sicherungstechnik alle mit noch so großem Scharfsinn und mit den vorzüglichsten Hilfsmitteln der Chemie und Technik angesetzten Angriffe der Gilde erfolgreich abwehren. An den 60 bis 100 Zentimeter dicken, mit harten Stahlschienen durchflochtenen Beton- oder Eisenklinkerwänden der neuzeitlichen Stahlkammern versagt jedes in Frage kommende Werkzeug, jede geräuschlose Arbeitsmethode der „Stahlkammerspezialisten". Und die etwa ½ Meter dicke Tür der Stahlkammer bildet mit ihren zahlreichen Schichten und Einlagen von Stahlplatten, Eisenbahnschienen, Eisenklinkern und feuerfesten Ausgüssen ein so furchtbares Hindernis, daß selbst ein geübter Arbeiter der Geldschrankfabrik, der die schwächsten Stellen der Tür am besten kennt, einige Tage ununterbrochen arbeiten müßte, wenn er auf Geheiß die Tür öffnen wollte.

Dies war nicht immer so. Wohl kannte man auch schon vor Jahrzehnten „einbruchssichere" Stahlkammern. Die starken gehärteten Stahlplatten, aus denen in jener Zeit die Türen der Stahlkammern bestanden, boten auch einen genügenden Schutz gegen Schrankeisen und Bohrer. Doch da mischte eines Tages ein deutscher Chemiker, der Dr. Goldschmidt in Essen, ein neues Pülverchen, dem er den Namen Thermit gab, und damit besaßen auch die Einbrecher das Mittel, nach dem sie sich schon lange gesehnt hatten. Das Thermit ist ein Gemisch aus Eisenoxyd und Aluminiumpulver, in gewöhnlichem Zustand so harmlos wie Schnupftabak. Wird jedoch das Gemisch mittels einer Zündpille (Aluminiumpulver und Bariumsuperoxyd) entzündet, dann bildet sich daraus unter ganz außergewöhnlicher Hitzeentwicklung — etwa 3000 Grad — in wenigen Sekunden flüssiges Metall mit darüber schwimmender Schlacke aus Aluminiumoxyd. Mit dem Thermit, der „Schmiede in der Westentasche", erfuhr die Arbeit der Gilde eine bedeutende Verfeinerung. Nun brauchte man nicht mehr stundenlang die Stahlplatten mit dem Schrankeisen (der „Königin von England") oder mit dem Bohrer zu bearbeiten. Die entfesselte Hitze des Thermits besorgte die Arbeit viel eleganter, schneller und geräuschloser. Einige Türen erlagen denn auch sehr bald dieser neuesten Errungenschaft der Chemie. Die sichersten Wertbehälter schienen damit so ziemlich wertlos gemacht zu sein. Die Banken und ihre Kunden zitterten um die den Stahlkammern anvertrauten Schätze. Hilfeheischend wandte man sich an die Geldschrankfabriken. Deren Techniker stürzten sich in den Kampf gegen das Thermit. Stärkere Stahlplatten, neuartige, unschmelzbare Ausgüsse und Einlagen in den Hohlräumen der doppelwandigen Türen, die Verlegung der Schlösser auf die Innenwand und fernwirkende Vorrichtungen zu ihrer Öffnung waren das Ergebnis der scharfsinnigen Überlegungen, mit der die Technik ihre Stellung gegen den Angriff der Gilde sehr wirkungsvoll verstärkte.

Da erstand der Stahlkammer ein neuer furchtbarer Gegner in Gestalt des Knallgasbrenners. Wird Sauerstoff mit Wasserstoff vereint, dann bildet sich Knallgas, dessen heiße Stichflamme die stärksten Panzerplatten wie Butter zerschneidet. Wieder erlagen einige Türen dem Angriff dieses neuen Gerätes und wieder gelang es der Technik sehr bald, auch diesem neuesten Gegner neue Abwehrmittel entgegenzustellen. Heute darf man die ½ Meter dicke und etwa 150 bis 200 Zentner schwere Tür einer neuzeitlichen Stahlkammer als völlig einbruchsicher bezeichnen. An den abwechselnden Schichten von harten und weichen Stahlplatten, Beton- oder Klinkerfüllungen usw., hinter denen erst die sehr kunstvoll konstruierten Schlösser sitzen, versagen alle heute in Frage kommenden Instrumente der Einbrecher. Und haben sie in einer größeren Betriebspause einer Bank, wie sie anläßlich der Feste einzutreten pflegen, ihren Angriff in mehrtägiger heißer Arbeit doch bis zu den Schlössern vortragen können, dann haben sie mit der Freilegung der Schlösser auch noch nichts erreicht. Bei Anwendung des Schneidbrenners tritt dann nämlich im letzten Augenblick die Schmelzsicherung der Schlösser in Tätigkeit. Durch die Hitze zerschmilzt in dünnen Kupferröhren eine dünne Metallhaut, über der sich kleine Stahlkugeln befinden. Die Kugeln verlieren damit ihren Halt in den Röhren und rinnen hinter die schweren Riegel, die sich nun überhaupt nicht mehr öffnen lassen. Der Einbrecher muß deshalb, um überhaupt zum Ziel zu gelangen, ein Mannloch in der Tür freilegen. Dazu braucht er jedoch so viel Gas und so viel Zeit, daß an einer oder beiden dieser Vorbedingungen das Unternehmen scheitert.

Damit noch nicht zufrieden, hat die Technik die Stahlkammern auch noch mit sehr sinnreich durchdachten Alarmvorrichtungen ausgestattet, die jedes Geräusch oder auch den geringsten Lichtschein nach verschiedenen Stellen, oft sogar nach dem nächsten Polizeirevier melden und somit den geplanten Anschlag zu Beginn verraten. Da diese Alarmvorrichtungen mit Ruhestrom arbeiten, so schützt auch das sonst bei Fernsprechanlagen sehr beliebte Durchschneiden der Drähte nicht vor Entdeckung. Stahlkammern, denen sehr große Werte anvertraut werden, läßt man zudem noch durch Wächter bewachen. Zu diesem Zweck wird rings um die Stahlkammer ein Wächtergang von etwa 60 Zentimeter Breite angelegt. Dieser Gang ist hell erleuchtet und in den Ecken mit Spiegeln ausgestattet. Der Wächter kann ihn deshalb von jedem Standort aus in seinem ganzen Verlauf überblicken.

Das Öffnen einer Stahlkammertür auf normale Weise, nämlich mit Hilfe von Nachschlüsseln, scheitert an der kunstvollen Konstruktion dieser Gebilde. Sie lassen sich nur durch die Originalschlüssel öffnen. Jede Tür hat zwei Schlösser. Zu jedem Schloß werden nur zwei Schlüssel angefertigt. Und die Schlüssel zu jedem Schloß werden zwei verschiedenen Personen anvertraut. Beide Personen müssen also beim Öffnen der Tür zugegen sein. Zum Überfluß sind die Schlösser noch von einer sogenannten Kombination abhängig. Diese gibt die Schlüsselschieber, mit deren Hilfe die kleinen Schlüssel tief in das Innere der Tür eingeführt werden, erst frei, wenn eine bestimmte Ziffer richtig eingestellt ist. Diese Ziffer ist jedoch das Geheimnis der beiden Schlüsselführer. Somit ist auch nach dieser Richtung hin jeder Angriff auf eine moderne Stahlkammer zur Aussichtslosigkeit verurteilt.

Zum Schluß möge noch erwähnt sein, daß einige amerikanische Großbanken sich auch tagsüber gegen verwegene Handstreiche tollkühner Verbrecherbanden durch Starkstrom, Giftgase, den mechanischen Verschluß sämtlicher Ausgänge, Alarmsignale im Gebäude und auf der Straße und gut bewaffnete und schießkundige Angestellte sichern.

Der Mann mit der Stoppuhr

Meines Erachtens sollte die Erörterung der Frage der Stoppuhr nicht immer nur allein den Unternehmern überlassen bleiben, sondern sie sollte in der Arbeiterfachpresse gründlich besprochen werden. Es ist das Verhängnis des praktisch so hochstehenden deutschen Facharbeiters, daß er sich um den theoretischen Teil seiner Arbeit nicht kümmert. Sehen wir uns einmal in einem Großbetrieb in der Dreherei um, für die ja doch die Stoppuhr in erster Linie in Betracht kommt. Fragen wir eine Anzahl der sonst gescheiten Kollegen, mit welcher Schnittgeschwindigkeit sie gerade arbeiten und welchen Vorschub sie haben. Man wird in den meisten Fällen keine Antwort erhalten. Ich konnte schon vielfach bei alten Kollegen feststellen, daß sie nicht einmal die Schnittgeschwindigkeit berechnen können. Nicht etwa aus Mangel an Klugheit, sondern aus Gleichgültigkeit — weil er das nicht brauche.

Die Natur hat dem Menschen alles gegeben, was er zu seiner Erhaltung braucht: Arme, Hände, Füße, Herz, Lunge usw. All diese Organe nützt der Mensch voll aus zur Erhaltung seines Lebens. Aber ein Teil der Menschen und besonders die Arbeiterschaft nützt nicht das kostbarste Organ, sein Gehirn voll aus. Dieser Umstand verführt den Arbeiter in der Fabrik leicht dazu, seine Vorgesetzten zu überschätzen, Vorgesetzte, die in geistiger Hinsicht bisweilen weit hinter dem Facharbeiter stehen. Dieser Umstand führt weiter zu Furcht. Furcht führt zu Knechtschaft, und Knechtschaft hat körperliches und geistiges Elend zur Folge. Elend gebiert Hoffnungslosigkeit, und damit sind wir auf den Zustand gekommen, aus dem heraus der Arbeiter um Hilfe schreit.

Woher soll nun die Hilfe kommen? Die Führer der Arbeiterschaft sind in der Regel nicht in der Werkstatt, auch sind sie zum Teil durch lange Büroarbeit den Werkstattverhältnissen, zumindest aber der modernen Arbeitsweise entfremdet. Der Betriebsrat besitzt auch nicht immer alle Kenntnis oder Mittel, um helfend einzugreifen. Dazu kommt die Macht des Unternehmers, der das Bestreben hat, den Betrieb möglichst in seinem Sinne rentabel zu gestalten. Also woher soll die Hilfe kommen, wenn nicht eben vom Arbeiter selbst? Bildungsmöglichkeiten gäbe es heute, besonders in den Städten, genug. Aber wie sieht es dort aus? In den Volkshochschulen sind die Bänke oft schwach besetzt, in Fachschulen ebenfalls. Meines Erachtens brauchte sich auch der Mann mit grauen Haaren nicht zu schämen, noch einen Teil von dem, was ihm früher vorenthalten wurde, nachzuholen. Die Schulstunden sind alle in die Abendstunden verlegt. Es ist also außer der eigenen Gleichgültigkeit kein Hindernis vorhanden, sich fortzubilden.

Aber nun zum Mann mit der Stoppuhr. Der Verfasser des Aufsatzes in Nr. 41 der MZ teilt die Arbeiter in drei Klassen. Ganz recht. Aber ich möchte nun auch die Stoppmänner in drei Klassen geteilt haben. Ich spreche aus den Verhältnissen eines Großbetriebs heraus. Denn hier kann man ja nur von Stoppmännern reden. Zur ersten Klasse gehören nach meiner Meinung die blinden Streber und Protektionskinder. Wer nicht glaubt, daß es so etwas gibt, der sehe sich in einem Großbetrieb um. Diese Klasse von Stoppmännern hat in der Regel nur geringe Berufskenntnisse. Sie gehen dank irgendwelcher Beziehungen aufs Vorkalkulationsbüro in der Hoffnung, daß man ihnen dort das nach ihrer Meinung nötige Wissen lehrt. Der Versuch muß natürlich mit ihnen gemacht werden, nachdem die Vögel einmal da sind. Diese Leute ersteigen auf einen Wink ruhig den Kirchturm, holen die Wetterfahne und womöglich noch den Mars dazu, wenn er gerade in erreichbarer Nähe ist.

Die zweite Klasse der Stoppmänner ist schon nicht mehr so stürmisch. Diese wissen, daß man sich auf dem Kirchturm auch den Hals brechen kann. Sie setzen sich zusammen etwa aus ehemaligen Meistern aufgelöster Abteilungen, zum Teil auch aus Protektionskindern, die keinen andern Bildungsgang haben als der Arbeiter. Dafür sind sie aber von grenzenlosem Pflichtbewußtsein durchdrungen, sintemalen sie ja schon ein- oder ein paarmal überflüssig waren. In der Pflichtenliste ihrer früheren Tätigkeit stand an oberster Stelle niedrige Akkordpreise. Um nicht ungerecht zu sein, sei beigefügt, daß es in dieser Klasse auch Leute mit Takt und Umsicht, Lebenserfahrung und Unparteilichkeit gibt.

Endlich die dritte Klasse. Sie ist nach meinen Beobachtungen die dünn bevölkerteste. Dafür aber die wertvollste, auch für den Arbeiter. Die älteren Facharbeiter, besonders die Dreher wissen, daß man nie auslernt. Es hat jeder zum Zwecke der Arbeitserleichterung einiges herausgeknobelt. Wenn man ein und dieselbe Arbeit jahrelang macht, so fällt einem ständig etwas Vorteilhafteres ein. Dieser Umstand allein läßt schon ahnen, mit welch großen Kenntnissen ein Stoppmann ausgerüstet sein müßte, um unparteiisch und gerecht zu sein. Er müßte vor allem im Beruf der Werkzeugmaschinenarbeit jahrzehntelang Erfahrung gesammelt haben. Er muß auch technisches Rechnen können, wenn er auch darin kein Genie zu sein braucht. Er muß dem Arbeiter Vorteile sagen können, die er anwenden könnte, um sich die Arbeit zu erleichtern. Er muß wissen, daß ihn der Arbeiter als natürlichen Feind solange betrachtet, bis er ihm bewiesen hat, daß es nicht der Fall ist. Und vor allen Dingen muß das Ergebnis seiner Arbeit so ausfallen, daß der ohnedies vielgeplagte Arbeiter so schaffen kann, daß nicht seine Arbeitskraft und Gesundheit, sein einziges Betriebskapital, vorzeitig zerschlagen wird.

Wenn der Stoppmann in diesem Sinne handelt, wird er das Mißtrauen gegen sich vielleicht nicht ganz, aber doch zu einem großen Teil überwinden, wenigstens für sich persönlich. Denn daß das Mißtrauen nicht ganz verschwindet, dafür sorgt die erste und zweite Klasse der Stoppmänner.

Und nun wollen wir unsere eigene Arbeit etwas unter die Lupe nehmen, hauptsächlich die Arbeit an Werkzeugmaschinen. Die heutige Art der Akkordpreisfestsetzung teilt die Maschinenarbeit in der Regel in zwei Teile, erstens in die reine Maschinenzeit oder die produktive. Das heißt die Zeit, in der die Maschine läuft und das Werkzeug schneidet. Zweitens in die Nebenzeit oder die unproduktive. Dieser Begriff ist nicht wörtlich zu nehmen. In Wahrheit ist die Nebenzeit ja ebenfalls produktiv. Zu ihr werden gezählt Vorbereiten, Aufspannen, Ausrichten, Stahl schleifen, Zeichnung lesen, Messen usw. Nun läßt sich die Maschinenzeit bei bestimmten zugrunde gelegten Werten ziemlich leicht berechnen. Hier schwimmt der Stoppmann der Klasse I und II mit Wohlbehagen in seinem Fahrwasser. Zwar kennt er in vielen Fällen dieses Rechnen gar nicht, aber er verlangt vom Arbeiter, daß er die Maschine mit einer Tourenzahl und Vorschub beschickt, daß die Funken stieben. Braucht man doch zu dieser Tätigkeit keinerlei Geist, man hat nur nötig, in die Stoppliste einzutragen, wie lange es gelaufen ist. Der Stoppmann hat nach seiner Meinung etwas Tüchtiges geleistet und wird vielleicht von seinem Vorgesetzten noch gelobt. Nun kommt es vor, daß gerade bei Stopparbeiten der Arbeiter Pech hat; daß er gerade beim Stoppen eine Arbeit erwischt, deren Material sehr weich ist und die geringe Schnittiefen aufweist. Das ist natürlich ein wahrer Triumph der genannten Art von Stoppmännern aus Klasse I und II. In diesem Augenblick müßte nun die Wehrhaftigkeit des Arbeiters einsetzen. Es kann das so geschehen.

Jeder Dreher hat die verschiedenen Tourenzahlen seiner Maschine in einer Tabelle, die er sich natürlich selbst anfertigen muß, ebenso die Vorschübe. Eine neuzeitliche Drehbank hat in der Regel 3 Übersetzungen zu je 5 oder 6 Stufen. Diese Tabelle muß er sich leicht übersichtlich gestalten, was keine Schwierigkeiten macht, ebenso die Vorschubtabelle. Die einzelnen Stufen bezeichnet er mit 1, 2, 3, 4, 5, 6 usw. Ebenso die Vorschübe. Nun macht er sich vor Beginn des Stoppens schnell eine Skizze von seiner Arbeit, bezeichnet die einzelnen zu bearbeitenden Flächen mit a, b, c, d, e, f usw. Wenn nun der Stoppmann bestimmt, daß die Maschine zum Beispiel auf Stufe 2 laufen soll und der Vorschub auf Nr. 5, so macht sich der Dreher, wenn die Maschine läuft schnell neben dem Buchstaben, der die betreffende Fläche bezeichnet, seine Notiz, zum Beispiel a 2/5 oder c 6,3. Das ist ein Bruch, wovon der Zähler die arbeitende Stufe und der Nenner den Vorschub bezeichnet. Es lassen sich auf diese Art nachher die Schnittgeschwindigkeiten leicht nachrechnen. Die Skizze ist sorgfältig aufzubewahren. Wenn der neue Akkordpreis herauskommt, müssen dieselben Werte wie beim Stoppen wieder eingehalten werden. Wenn es nicht geht, so ist es eben hartes Material, wofür Zusatzzeit gegeben werden muß.

Auf diese Weise kann man den Stoppmann genau kontrollieren. Wenn nun der Arbeiter all diese geschilderten Umstände außer acht läßt, so kommt es in 50 von 100 Fällen vor, daß er die bei der Laufzeit gestoppten Werte infolge härteren Materials weit überschreitet. Das aber geschieht nur auf Kosten der Nebenzeit. Die Folge davon ist wildes Draufgehen, was wieder mangelhafte Arbeit zur Folge hat und bei dem Arbeiter die Ansicht entsteht, daß er ein Hundeleben führen müsse. Müsse? Nein, schuld an diesen Zuständen ist einzig und allein seine geistige Gleichgültigkeit.

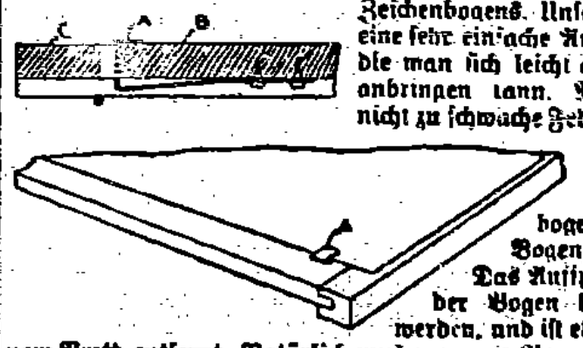
Nun zu der Nebenzeit. Sie läßt sich natürlich niemals berechnen. Sie ist abhängig von der Art der Maschine und der Arbeit, von den Verhältnissen des Betriebes, von der Geschicklichkeit des Arbeiters, von seinem guten Willen, von seiner seelischen Verfassung usw. Jeder aufmerksame Arbeiter wird an sich selbst schon öfters die Erfahrung gemacht haben, daß ihm an einzelnen Tagen seine Arbeit spielend leicht gelingt, an andern viel schwerer. Dies vollzieht sich unabhängig vom Willen des Menschen. Wenn nun gerade an einem solch guten Tage eine Arbeit gestoppt werden soll und der gedankenlose Arbeiter blindlings drauflos geht, womöglich seine obengenannten Kniffe und Pfiffe noch gratis dreingibt und den Stoppmann nicht kontrolliert, so hat er sich und seine Mitarbeiter aufs schwerste geschädigt. Er ist dann an normalen Tagen nicht annähernd in der Lage, die gestoppte Zeit zu erreichen. Dagegen hat der Stoppmann davon den Vorteil, daß er gelobt wird, er habe heute wieder Tüchtiges geleistet.

Zum Schluß wollen wir noch einen etwas tieferen Blick tun in die Tätigkeit eifriger Stoppmänner. Es gibt in unserm Beruf Arbeiten, bei denen die Maschinenzeit oft im Hinblick auf die Gesamtzeit einen großen Teil ausmacht. Bei anderen Arbeiten aber macht die Nebenzeit einen sehr großen Teil aus, wie wir gleich sehen werden. Es ereignete sich einmal folgendes: An einem Maschinenteil aus Stahlguß sollten 20 Löcher gebohrt werden. Der Lochdurchmesser war 27 Millimeter, die Lochtiefe 80 Millimeter. Für die Gesamtbearbeitungszeit wurden nach dem Stoppen mehrerer Stücke vom Akkordbüro etwa 6 Stunden ermittelt. Man hat darüber vom Arbeiter keine Klage gehört. Der Arbeiter war aus Klasse 3 des Verfassers von Nr. 41. Bei Beginn des Bohrens mußte der Arbeiter auf Veranlassung des Stoppmanns die Maschine mit einer Tourenzahl von 320 beschicken, folglich ist die Schnittgeschwindigkeit 28 Meter die Minute. Der Vorschub war 0,45 mm. Unter Hitze und Dampf wurden die ersten paar Löcher gebohrt. Auf einmal gings nicht mehr. Als man den Bohrer herausnahm, war die Spitze blau und sie hatte den bekannten Knoxs, bei dessen Anblick man lächelt. Natürlich taugte der Bohrer nichts. Ein anderer Bohrer wurde eingesetzt und weiter ging die Fahrt. Auf einmal zerbrach die Maschine. Nach deren Reparatur wurde weitergestoppt. Jetzt mit 18 Meter die Minute und 0,3 mm Vorschub. Es sind dies bei guter Schmierung auch vernünftige Werte. Jetzt konnte ohne Schwierigkeit weitergearbeitet werden. Wäre nun der erste Versuch gelungen, so hätte ein Loch eine Laufzeit ergeben von 33 Sekunden, das ist für 20 Löcher 660 Sekunden oder 11 Minuten. Im zweiten Fall errechnet sich für ein Loch eine Laufzeit von 76 Sekunden, das ist für 20 Löcher 1520 Sekunden oder 25 Minuten und 20 Sekunden. Bei einer Gesamtbearbeitungszeit von 6 Stunden wären also bei dieser Arbeit 14 Minuten und 20 Sekunden erspart worden. Das macht bei einem Stundenverdienst von 1.10 ℳ eine Ersparnis von 26 ₰. Welch ein Erfolg!

Wäre die erste Arbeitsweise beim Stoppen geglückt, so wäre Werkzeug und Maschine in dauernder Gefahr gewesen, zu zerbrechen. Aber was macht das solchen Stoppmännern aus, wenn es nur ihnen nicht passiert? Beim Arbeiter ist es aber dann leicht fünf, auf der im Wiederholungsfall Entlassung steht. Die Direktionen wissen in der Regel nichts von solchen Vorgängen, weil sie sich um Einzelheiten im Betrieb nicht kümmern können. Dadurch ist dieses Gebiet nachgeordneten Stellen ausgeliefert. Diese Beispiele zeigen dem Arbeiter, daß er nur von sich selbst heraus Hilfe zu erwarten hat und daß er sein geistiges Rüstzeug so gestalten muß, daß er den Vorgängen bei der Arbeit besser zu folgen vermag. R. N., Nürnberg

Aufspann-Vorrichtung für Reißbretter

Reißnägel haben den Nachteil, daß sie unheimlich schnell verschwinden. Außerdem verschönern die unzähligen Löcher das Reißbrett nicht und führen gelegentlich sogar zum Durchlöchern des Zeichenbogens. Unsere Abbildung zeigt eine sehr einfache Aufspannvorrichtung, die man sich leicht am Reißbrett selber anbringen kann. Man schraubt vier nicht zu schwache Federn auf der unteren Fläche des Brettes an, die mit ihrem rechtwinklig umgebogenen Ecken A den Bogen festhalten.



Das Aufspannen geht schnell, der Bogen kann nicht verletzt werden, und ist ebenso schnell wieder vom Brett entfernt. Natürlich muß man mit Normalformaten arbeiten, was ja heutigentags sowieso die Regel ist. Wenn man sechs Federn benützt und sie mit Ueberlegung anbringt, dann eignet sich die Vorrichtung auch zum Aufspannen von zwei verschiedenen Formaten. L. S.

Familie und Heim

Wie Eltern erzogen werden

Von Dr. Eugenie Schwarzwald

Eine junge Frau, die ein unruhiger, zerstreuter und selbstsüchtiger Mensch war, erfuhr eines Tages, daß sie ein Kind haben sollte. Da ging eine Verwandlung mit ihr vor, die jeden Beobachter erstaunen ließ. Ihr Gesichtsausdruck wurde klarer, ihre wilden Haare legten sich plötzlich friedlich um den Kopf, ihre Haltung wurde bescheidener und zugleich selbstbewußter, sie bewegte sich ohne Hast, sie urteilte milder, sie dachte nicht mehr nur an sich selbst.

Ebenso unbewußt wie diese Erziehung ist jene, die die Kinder uns allen bei täglichem Umgang angedeihen lassen. Jeder, der mit ihnen zu tun hat, weiß, wie sehr man sich zusammennehmen muß, um vor diesen unbestechlichen Kritikern standzuhalten. Sie legen eben den moralischen Maßstab ihres einheitlichen, unverbildeten und unkomplizierten Daseins an alle Dinge, und da ist es nicht leicht, zu bestehen. So ist es bekanntlich ungeheuer schwer, für ein Landerziehungsheim Lehrer zu bekommen. Den Zwang, vierzehn Stunden täglich unter den Augen der Kinder zu leben, halten auf die Dauer die wenigsten Leute aus; man muß sich vor zu vielen Dingen in acht nehmen.

Unabsichtlich ist auch die harte Erziehung, welche die Jugendlichen von heute ihren armen Eltern zuteil werden lassen, indem sie vergessen, ihnen mitzuteilen, wohin ihr Ausflug geht; nicht rechtzeitig zurückkehren, sich mit ihnen in lebenswichtigen Dingen nicht beraten; ihnen ihre Ansichten aufdrängen; sie zwingen, ihre — meistens vorübergehenden — Götter zu ehren, sie nicht teilnehmen lassen an ihren Freuden, ihnen nicht gestatten, mit ihnen zu leiden. „Ich habe meine Eltern gut erzogen", hört man manchmal einen jugendlichen Menschen triumphierend sagen. Aber er weiß nicht, was dieses (von ihm ursprünglich nicht beabsichtigte) Erziehungsresultat dem so erzogenen Vater für Schmerzen gekostet hat.

In jedem Augenblick hat der Erwachsene die Möglichkeit, seine Überlegenheit zu beweisen. Die junge Mutter kann alles besser, wirklich besser. Sie hat den natürlichen Wunsch, ihr Kind zu einem mindest ebenso vollkommenen Wesen zu machen; da Lob eine Erziehungsform ist, die sich leider noch nicht ganz durchgesetzt hat, versucht sie es mit sachlichen Ermahnungen: „Das hast du nicht richtig gemacht", oder: „Das kannst du noch nicht." Das Kind denkt nicht im geringsten daran, sich gegen diese überlegene Autorität aufzulehnen. Aber eines Tages macht der dreijährige Herbert einige waghalsige Turnkunststücke und sagt dann: „Mutter, mache das nach, damit ich seh', du kannst es nicht." Er hat einem tiefgefühlten Bedürfnis seines Herzens abgeholfen — er will sehen, wie sich seine Mutter bissel blamiert.

In Fragen des Takts sind die Kinder als Ratgeber einfach unentbehrlich. So sind sie schon früh dafür, daß man mit der Liebe keinen Handel treibt. Die Großmutter, die fürchtet, der vierjährige Gerhard könne verhungern — alle Großmütter fürchten das —, schaltet ihre sanftesten Flötentöne ein und sagt: „Gerhardchen, wenn du mich lieb hast, so trink' dieses Glas Milch." Er trinkt die Hälfte und sagt: „Ich trink' das Glas halb aus, weil ich dich lieb hab' und laß es halb stehen, weil ich nicht gern hab', wenn du sowas sagst."

In das gleiche Kapitel gehört die fünfjährige Ulla, die ein starkes Stück Selbstgefühl und einen großen Unabhängigkeitsdrang besitzt. Sie wird wegen ihres unsozialen Essenpos mit ihrem Mittagessen allein ins Nebenzimmer geschickt. Als sie fertig ist, sagt die Mutter: „Hast du das nötig gehabt? Ist es nicht schöner, mit uns zusammen zu sein?" Ulla lächelt zuvorkommend überlegen: „Ich bin gern bei euch, aber ich kann auch mal ohne euch auskommen, denn ich hab' ja noch immer mich."

Besonders übel wird es den Kindern vermerkt, wenn ihr Spiel als unwesentlich und eine Art unterhaltender Überflüssigkeit aufgefaßt wird. Das Spiel ist eben die einzige Arbeit des Kindes und daher ihm so sehr Bedürfnis, wie dem Erwachsenen seine Tätigkeit. Die Kinder fühlen, daß ihre Beschäftigung ihre Fähigkeiten und Kräfte zu harmonischer Ausbildung bringt, deshalb wollen sie diese Arbeit ernst betrachtet wissen. Das Spiel ist eben ihre ernsteste Angelegenheit. Die dreijährige Brita wäscht mit einem Wattebausch voll „Eau de Cologne" in tiefer Versunkenheit ihr Puppengeschirr. Die Großmutter schiebt sie samt der Arbeit weg, um für das Abendbrot Platz zu schaffen. Mit einem schmerzlichen Aufschrei wehrt sie sich: „Die Großmutter glaubt mir meine Arbeit nicht!"

Ein Gelehrter sagt zu seinem kleinen Jungen, der ihn bei der Arbeit stört, indem er keinen anderen Platz für sein Bilderbuch finden kann, als den Schreibtisch seines Vaters: „Geh' weg, du, mit deinem Büchel!" Das Kind schaut ihn an und sagt: „Wart' nur mal, wenn ich groß bin, werd' ich zu deinen Büchern Büchel sagen."

Kinder wünschen, daß man einfach und natürlich mit ihnen spricht; ihr Todfeind ist die Phrase. „Du mußt mir ein Opfer bringen", sagt die Mutter. „Was ist das Opfer?" fragt der Bub. „Opfer bringen heißt, etwas, was man ungern tut, einem andern zuliebe tun." — „Das ist was für Erwachsene", sagt das Kind.

Bei Kriegsausbruch hielt eine junge Mutter ihrem vierjährigen Sohn, der seinen Kaffee verschüttet hatte, aufgeregt, wie man zu jener Zeit war, eine donnernde Standrede. Sie setzte ihm auseinander, wie schlecht die Zeit für die Erwachsenen wäre und wie die Kinder verpflichtet seien, sich aus Schonung für diese einwandfrei zu benehmen. „Wie kannst du deine Mutter so kränken, wenn du doch weißt, daß Krieg ist." Der Bub, der aufmerksam zugehört hatte, sagte einfach: „Das kann a Kind nei verstehn."

Manchmal bekommt auch die Schule die Wahrheit zu hören. Die österreichische Volksschule hatte bekanntlich vor dem Kriege nicht den Bettenbergern nur noch ein Stückerl Hend: die Türkenkriege. Ach was, die Schule! Schon in der Wiege erfuhr man, daß die Türken unsere Feinde sind, daß wir das Bollwerk des Abendlandes sind, weil wir sie nämlich mit Hilfe des guten Sobieski besiegt haben, daß das ein Glück für die ganze Welt ist und daß wir uns damals so angestrengt haben, daß wir jetzt nie mehr etwas zu tun brauchen, obgleich „alles Erdreich Österreich untertan ist". Nun war es im Winter 1913, da fragte der Michel aus der dritten Volksschulklasse seinen Lehrer im Schulkorridor: „Sitt' schon, warum kommt der Herr Schulinspektor nicht mehr zu uns?" Diese Kinder lieben nichts so sehr als den Besuch von Inspektoren. „Er wird schon kommen," sagte ich tröstend, „er hat sicher nur keine Zeit gehabt bisher." Franz lächelte so schlau, wie nur ein wiener Volksschulkind lächeln kann. Er näherte sich vertraulich meinem Ohr und sagte: „Ich weiß, warum er nicht kommt, der Herr Inspektor. Er schämt sich, weil die Türken jetzt unsere Freunde und Bundesgenossen sind."

Der Vater in Jeromes reizendem Büchlein „Sie und ich" beschließt, mit seiner neunjährigen Tochter Veronika gemeinsam ein Buch zu schreiben. „In diesem Werk werden die Kinder", sagt er, „weise und gut sein und die Erwachsenen ordentlich erziehen. Und alles, was die Erwachsenen tun oder unterlassen, wird immer falsch sein. Das Buch werden wir „Eine moralische Erzählung für Eltern" nennen. Alle Kinder werden das Werk kaufen, ihren Vätern, Müttern und Tanten zum Geburtstag schenken und auf das Titelblatt schreiben: „Von John oder Jenny dem lieben Papa oder dem lieben Tantchen mit dem innigen Wunsch, daß er oder sie sich bessern mögen." — „Glaubst du, daß sie das Buch lesen werden?" fragte Veronika zweifelnd. Der Vater beruhigte sie: „Wir werden irgend etwas Anstößiges hineinschreiben, damit eine Zeitung das Werk angreift und es eine Schande für die englische Literatur nennt. Genügt das nicht, so werden wir sagen, es handle sich um eine Übersetzung aus dem Russischen."

Veronika tut dann wirklich ihr Bestes und liefert ihren Beitrag, denn Kinder haben es leicht mit dem Erziehen. Erstens haben sie noch nicht so viel Böses getan und zweitens haben sie das unerhörte Glück, keine Erfahrung zu besitzen. Deshalb kann es geschehen, daß Brita, die obenerwähnte junge Wäscherin, zu ihrer überaus exakten Mutter, die ausnahmsweise einmal etwas getan hat, was des Kindes Mißfallen erregte, sagt: „Mutter, das darfst du nie wieder tun!" Die Mutter senkt reuig den Kopf und sagt: „Ich werde es nie wieder tun." Noch immer ist das Kind nicht zufrieden. „Du sollst es aber", sagt sie, „auch das eine Mal nicht getan haben." Wie gerne möchten wir das alle versprechen. Da wir das nicht können und da die Kinder gerade das verlangen, besteht zwischen ihnen und uns eine Kluft, die nur durch zärtlichste Nachsicht auf beiden Seiten überbrückt werden kann. Denn, wie sagte doch der dreijährige Kurt, nachdem ihn für das gleiche Versehen sowohl Vater als Mutter ausgezankt hatten, zu seinem Hunde: „Sven, gelt, man braucht viel Geduld gegen die ganze Welt?"

Frau und öffentliche Fürsorge

Es ist, wenn auch verständlich, äußerst beklagenswert, daß gerade die ärmeren Volksschichten wenig vertraut sind mit der öffentlichen Fürsorgepflicht des Staates. Welch ungewöhnliches Maß von Armut und Elend ist nicht immer wieder da und dort vorzufinden, ohne daß die Betroffenen auch nur ahnen, daß die Gesellschaft zu ihrer Unterstützung verpflichtet ist. Immer wieder kann man Menschen antreffen, die unter den widrigsten Verhältnissen ihre kleinsten und ärmsten Angehörigen auf Bettel schicken und dabei sich glücklich schätzen, auf diese Weise einen Bruchteil hereinzubekommen von dem, was ihnen die öffentliche Fürsorge von Rechts wegen zu gewähren hätte, wenn ihr der Fall zur Kenntnis gebracht wäre. Daneben gibt es wieder eine Gruppe Menschen, die durch widrige Umstände in hoffnungslos wirtschaftliche Verhältnisse geraten und — zu stolz, um zu betteln und nicht vertraut mit dem Anspruchsrecht Bedürftiger auf öffentliche Unterstützung — manchmal buchstäblich langsam verhungern. Die täglichen Meldungen von Freitod und Selbstmordversuchen mit der Ursache: schlechte wirtschaftliche Verhältnisse reden eine deutliche Sprache.

Es liegt eine ungeheure Tragik in all diesen Tatsachen besonders für denjenigen, der weiß, daß die übergroße Mehrzahl dieser sozialen Tragödien nur deshalb möglich wird, weil die Betroffenen entweder den Weg zur öffentlichen Fürsorge nicht kennen oder aus falschem Schamgefühl auf Inanspruchnahme verzichten, weil sie den Tod der „Armenunterstützung" vorziehen. Sie wissen eben noch nicht, daß im neuen Staat der Begriff „Armenunterstützung" ausgelöscht ist durch die Verbindung des Anrechts auf Versorgung der Arbeitslosen und Hilfsbedürftigen.

Die Verordnung über die Versorgung Arbeitsloser (in der Arbeitslosenversicherung) ist nun schon im sozialen Denken und Volksbewußtsein aufgegangen, ohne im geringsten moralverletzend empfunden zu werden. Anders mit der Fürsorgepflicht des Staates gegenüber allgemein Hilfsbedürftigen. Und doch ist im Grunde genommen kein Unterschied zwischen beiden Versorgungsarten. Auch die öffentliche Fürsorge ist heute nicht mehr Gegenstand kommunaler Armenversorgung, deren Anwendung und Ausmaß abhängig war von dem guten Willen und der Gunst der selbstherrlich regierenden „Gemeinderäte" aus der Vorkriegszeit, sondern die öffentliche Fürsorge ist heute eine durch Reichsverordnung vom 13. Februar 1924 den öffentlichen Verwaltungsstellen auferlegte Verpflichtung zur Betreuung aller Hilfsbedürftigen. Es besteht, um es anders auszudrücken, durch die Verordnung über die Fürsorgepflicht vom 13. Februar 1924 ein ebenso gesetzlich und moralisch unantastbarer Anspruch Hilfsbedürftiger auf Unterstützung durch den Staat, als durch entsprechende Bestimmungen ein Anspruch der Beamten auf Pensionsgewährung besteht. Nur darin weicht die Versorgung der Sozialversicherung von der der Fürsorge ab, daß in der eigentlichen Sozialversicherung (Invaliden-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung) die Versorgung automatisch im Bedarfsfalle einsetzt, während die Versorgung durch die öffentliche Fürsorge in jedem einzelnen Fall beantragt werden muß durch besondere Anmeldung des Hilfsbedürftigen. Das ist deshalb so, weil in der Sozialversicherung jeder Versicherte unter ständiger Kontrolle der Versicherungsträger steht, während die öffentliche Fürsorge erst dann den Bedürftigen kennenlernen kann, wenn er gemeldet wird, das heißt den Fürsorgeverbänden zur Kenntnis gelangt. Und die Bedürftigkeitsfälle den Fürsorgeverbänden zur Kenntnis bringen, ist eine der dankbarsten Aufgaben der proletarischen Frau.

Auch die Frauen unserer Mitglieder müssen hier wachsam werden und mithelfen. Gerade im Proletariat findet ja die größte Bedürftigkeit, und die Mehrzahl unserer Leserinnen weiß sicher irgend so einen „hoffnungslosen" Fall aus ihrem Umkreise zu berichten. Hast du Genossin, schon einmal darum gekümmert, ob dort schon die öffentliche Fürsorgepflicht eingesetzt hat? Wo du das erfahren kannst? Wenn nicht anders, dann bestimmt bei der zuständigen Gemeindeverwaltung. Es gibt dort schon vielfach hauptamtliche Kräfte (Fürsorgepflegerinnen, Wohlfahrtspflegerinnen usw.) und auch ehrenamtliche Helfer, sogenannte Pfleger. Ihre Namen sind immer zu erfahren bei einem Mitgliede des Gemeinderates. Wer aber den Weg zu diesen „amtlichen" Stellen scheut, der werde sich an irgend einen privaten Wohltätigkeitsverband, wie zum Beispiel an die Arbeiterwohlfahrt, der durch die Verordnung über die Fürsorgepflicht neben der öffentlich-rechtlichen Wohlfahrtspflege Gleichberechtigung zugesichert ist und die auch dort überall ihre Vertreter und Mitwirkende hat.

Es würde hier zu weit führen, auf die Fürsorgeleistungen im einzelnen einzugehen. Völlig genügend aber ist auch das Gesagte, da ja hauptsächlich nur die Aufmerksamkeit aller Leserinnen für diese ganze Einrichtung geweckt werden soll, weil die besten erwarteten Vorteile wertlos bleiben, wenn sie den Kreisen, denen sie zugedacht waren, unbekannt sind. Gerade bei den Ärmsten der Armen und bei den am meisten hilfsbedürftigen Menschen herrscht die größte Unwissenheit über öffentlich-rechtliche Einrichtungen. Hier aufklärend zu wirken und lindernd mitzuhelfen, nicht wahr, liebe Freundin, wirst auch du an der Schwelle des neuen Jahres versprechen. Wenn wir immer daran denken, daß die andern des Lebens Unbill genau so empfinden wie wir selber, dann wird uns auch immer der Wille und die Lust zur Mitwirkung am sozialen Dienst erhalten bleiben. Daß uns allen dieser Wille und diese Lust im neuen Jahre in doppeltem Maße erwachse, soll noch als besonderer Neujahrswunsch angefügt sein.

L. Z.-B.

•

Zeitschriftenversicherungen

In Nr. 50 (1928) der Metallarbeiter-Zeitung behandelt Kollege Paul Jessath den Schwindel der Zeitschriftenversicherungen. Ich finde, daß unsere Gewerkschaftspresse diesem Gebiet bisher viel zu wenig Beachtung geschenkt hat.

Es ist ganz erschreckend, wie weit die Zeitschriftenseuche auch unsere Gewerkschaftskollegen erfaßt hat. Nicht nur die Frauen der Kollegen fallen auf die Prahlereien der zuweilen sehr gerissenen Zeitschriftenvertreter hinein, sondern gar oft geben die Kollegen selbst die Unterschrift für die Bestellung. Mir ist es bei meiner Tätigkeit als Vertrauensmann der Volksfürsorge schon oft vorgekommen, daß ich in einer Familie fünf Zeitschriftenversicherungen vorgefunden habe. Die betreffenden Kollegen dünkten sich gewöhnlich ganz besonders gut und hoch versichert. Fragte ich sie nach ihren Versicherungsbedingungen, so wußte in der Regel keiner die Bestimmungen. Alle hatten bisher nur die auf der Vorderseite des Versicherungsscheines großgedruckten Versicherungssummen gelesen. 1000, 3000, 6000, ja bis 12 000 ℳ werden da im Versicherungsfall geboten. Aber leider immer nur auf Grund der umseitig abgedruckten Versicherungsbedingungen. Diese enthalten nun aber derartig viel Ausnahmebestimmungen, daß von einem wirklichen Versicherungsschutz fast gar nichts mehr übrig bleibt.

Eine ganz besondere Härte liegt auch darin, daß, wer im Laufe der Dauer der Versicherung von irgendeinem Leiden oder Gebrechen befallen wird, das nach dem Gutachten des behandelnden Arztes mit einer Invalidität von 40 vH oder darüber eingeschätzt wird, von der Versicherung ausgeschlossen ist. Wer also ein ganzes Menschenalter lang Woche für Woche von seinem kärglichen Lohn dem Zeitschriftenverleger seinen Tribut zollt, muß damit rechnen, daß in seinen alten Tagen, wenn er einmal invalid sein wird, die Versicherung bestimmt für ihn erlischt. Hier kann gar nicht genug Aufklärung geschaffen werden. Alle die Kollegen, die noch Bezieher von derartigen Zeitschriften sind, sollten sich doch einmal die kleine Mühe machen und ihre Versicherungsbedingungen einem gründlichen Studium unterziehen. Es wird dies sehr zu ihrem Nutzen sein. Wer dann sein Blättchen los sein will, weil er zu der Überzeugung gekommen ist, daß es nichts taugt, kann es auf Grund des § 56 Art. III der GO in Verbindung mit § 134 BGB sofort los sein, braucht also nicht erst an einem bestimmten Tage zu kündigen. In dieser Richtung liegen ja bereits eine ganze Reihe Gerichtsurteile vor.

Wer als Gewerkschafter sich und seiner Familie einen reellen und guten Versicherungsschutz bieten will, versichert sich bei unserer Volksfürsorge. Bei ihr sind jetzt bereits mehr als 1 400 000 Versicherungen mit einer Versicherungssumme von mehr als 530 Millionen Reichsmark in Kraft. Jedes Gewerkschaftsbüro und jede Konsumvereinsverkaufsstelle wird ihm darüber nähere Auskunft geben können.

Otto Tröger.

•

Die gute Mutter

Sie waren zu dritt. Der vierjährige Bub stieg zuerst in die elektrische Bahn, lief gleich nach dem Fensterplatz und sah sich von dort nach der Mutter um. Die Mutter jedoch, eine sehr elegant gekleidete Dame, von deren Wohlergehen auch „die Fülle der Gesichte" zeugte, setzte sich nicht zu ihrem Sprößling. Dafür durfte die Stütze, die bescheiden hinterher kam, den Jungen auf den Schoß nehmen. Das Kind, das gehofft hatte, bei der Mutter sitzen zu dürfen, quarrte eine Weile. Dann beruhigte es sich aber und schaute vergnügt zum Fenster hinaus.

Wir fuhren eine lange Strecke. Schließlich wurde es dem Jungen wohl zu langweilig und er verlangte wieder nach der Mutter. Endlich hatte er sie dann auch in dem überfüllten Wagen entdeckt und strebte eilig auf sie zu. Die Mutter war im höchsten Grade empört über diese „Ungezogenheit" des Kindes und konnte sich darüber gar nicht wieder beruhigen. Der kleine Kerl vor ihr drückte sich eng an ihre Knie; die Wange schmiegte er in ihre Hände und mit glückseligen Augen schaute er zur Mutter auf. Die aber fühlte weder die weiche Kinderwange, noch sah sie die glücklichen, strahlenden Augen. Sie schimpfte ununterbrochen fort: daß sie ihn nie mehr mitnehmen würde usw.

Nachdem seine helle Freude endlich glücklich erstickt worden war, wollte der Junge wieder zu dem Mädchen zurückgehen. Aber das durfte er nun auch nicht. Er mußte jetzt bei der Mutter bleiben. Zur Strafe mußte er stehen bleiben, wobei ihm weiter seine Ungezogenheit vorgehalten wurde. Als er endlich zu weinen anfing, drohte die Mutter, sofort den Schaffner zu rufen und ihn hinaussetzen zu lassen. Erschrocken hielt das Kind inne und schluckte tapfer die Tränen hinunter. Dennoch drohte die Mutter weiter mit dem schwarzen Mann und anderen schönen Dingen.

Ja, ja, die gute Mutter hatte ihre liebe Not mit dem ungezogenen Jungen. Und ich fürchte, es gibt in den „besseren Kreisen" noch viele solche Mütter.

•

Der Sterndeuter

Ein Sterndeuter, der sich eines schweren Verbrechens schuldig gemacht hatte, wurde zum Galgen geführt.

Da wandte sich ein Vorübergehender an ihn mit der Frage: „Wie kommt es nur, daß Ihr, die Ihr doch die Zukunft aus den Sternen prophezeien könnt, Euer trauriges Ende nicht vorausgesehen habt?"

Darauf erwiderte der Astrologe kopfschüttelnd: „Dreimal habe ich die Sterne nach meinem Schicksal befragt und jedesmal wurde mir offenbart, daß ich dereinst über meine Mitmenschen erhoben werde und die Welt unter meinen Füßen sehen würde!"

•

Die höhere Kultur. Ein Jude und ein Grieche stritten sich, wessen Vorfahren einen höheren Stand der Kultur erreicht hatten.

Der Grieche sagte, daß bei neueren Ausgrabungen gefundene Drähte schließen ließen, daß die Griechen in der Telegraphie vollkommen Bescheid wußten.

Der Jude sagte, da man bei den Ausgrabungen in Jerusalem keine Drähte gefunden habe, es also einwandfrei erwiesen sei, daß die alten Juden drahtlose Telegraphie gekannt hätten.

•

Übrig geblieben. Neulich erregte auf der Straße ein Mann unsere Neugierde, der immer, ehe er um eine Ecke bog, den rechten oder linken Arm ausstreckte. Schließlich wagten wir zu fragen, warum er das tue.

Der Mann machte kein Geheimnis daraus. „Das ist alles, was mir von meinem Auto übriggeblieben ist", sagte er.

Gesundheit

Schützt Leben und Gesundheit!

Über 1 Million Unfälle wurden im letzten Jahre allein in den gewerblichen und landwirtschaftlichen Betrieben gezählt. Insgesamt haben sich in Deutschland in diesem Zeitraum sicher über 2 Millionen Unfälle ereignet. Fast 24 000 Menschen, davon etwa ein Drittel in den bei den Berufsgenossenschaften versicherten Betrieben, haben dabei ihr Leben verloren. Also

täglich 64 Tote durch Unfall!

Welche Unsummen von Schmerz, Kummer und Elend, zerstörtem Familienglück, vernichteten Existenzen, gescheiterten Zukunftshoffnungen und verlorenen wirtschaftlichen Werten stecken in diesen Zahlen!

Behörden, Berufsgenossenschaften, Verkehrsorganisationen, Gewerkschaften, soziale, wirtschaftliche und technische Verbände sind bestrebt, Aufklärung zu schaffen und Einrichtungen zu treffen, um Unfälle zu verhindern. Manches ist schon erreicht — vieles bleibt noch zu tun!

Es gilt die in Haus und Beruf, im Verkehr, in der Werkstatt und im Betriebe drohenden Gefahren zu erkennen und abzuwenden. Ein großer Teil der Unfälle ist vermeidbar, aber nur, wenn jeder bestrebt ist, sich und andere zu unfallsicherem Verhalten zu erziehen!

Nicht Verbote und Bestimmungen sind das Allheilmittel gegen Unfälle! Jeder muß mithelfen, Unfälle zu verhüten! Der moderne Mensch soll freiwillig und verantwortungsbewußt an der Unfallverhütung mitwirken. Dieses Verständnis und Verantwortungsgefühl zu verbreiten und zu vertiefen, ist das Ziel einer großen, von den Verbänden der Berufsgenossenschaften ausgehenden Veranstaltung. **Vom 24. Februar bis 3. März 1929** wird die **Reichs-Unfallverhütungs-Woche (RUWo)** stattfinden. In allen beteiligten Kreisen hat dieser Gedanke sofort lebhaften Widerhall gefunden.

Während dieser Woche soll möglichst in allen Orten des Reiches mit allen Mitteln der Aufklärung, Belehrung und Werbung die Aufmerksamkeit auf die Unfallverhütung hingelenkt werden.

Zweck und Ziel der Reichs-Unfallverhütungs-Woche ist die dauernde und freudige Mitarbeit jedes Einzelnen im Kampfe gegen die Unfallgefahren. Es geht um das Wohl aller Volksgenossen, es geht um Leben und Gesundheit jedes Einzelnen! Der Wahlspruch der Reichs-Unfallverhütungs-Woche

„Helft Unfälle verhüten!"

muß für alle Zeiten jedermanns Wahlspruch werden. An alle Bevölkerungskreise ergeht der Ruf mitzuwirken.

Um schnöden Mammons willen!

Es ist schrecklich, in was für einer Zeit wir leben. Da glaubt man, daß man von lauter friedfertigen Menschen umgeben ist, die froh sind, daß sie, solange Briand und Stresemann schöne Reden halten, sie auch ihre gesunden Glieder behalten dürfen, und es ist gar nicht wahr. Morgen kann es schon wieder losgehen und weder Kapitalisten noch Generale, sondern Krüppelmassen, von denen wir glauben, daß sie im Besitz gesunder Glieder glücklich sind, bedrohen unseren Frieden. Denn man lese nur, was der „Uhu", Organ zur Hebung der Intelligenz geistig Minderbemittelter, in seiner Januarnummer schreibt: Unbedenklich schlagen sich junge und gesunde Menschen Arme und Beine ab, legen sich unter Eisenbahnzüge, um sich Gliedmaßen abreißen zu lassen, setzen sich in kochend heißes Wasser, inszenieren alle möglichen Unfälle und ertragen alle diese Schmerzen lediglich des erbärmlichen Mammons willen. Schreckliche Menschen müssen das sein, die so mit ihrer Gesundheit umgehen, man sollte es gar nicht glauben, aber es muß wohl was daran sein, denn wie könnte es sonst dastehen? Und man soll nur so eine Untersuchungskommission einsetzen, um endlich mal festzustellen, ob all die Krüppel, die an den Straßen herumliegen und betteln, nicht um des lieben Mammons willen in den Krieg gezogen sind, um sich die Knochen kaputtschießen zu lassen. Vielleicht hat die Aussicht auf eine Rente von monatlich 30 bis 80 M sie verlockt, ohne dazu kommandiert zu werden, Verdun zu stürmen oder gar in Flanderns Trichtern sich vom englischen Granatfeuer zu Krüppeln machen zu lassen. Und wir tun Unrecht, wenn wir diesen Menschen noch weiter „fürstliche" Renten geben. Wer weiß überhaupt, ob nicht der ganze Krieg von solchen Kreaturen angezettelt worden ist, die um des schnöden Mammons willen nach einer Gelegenheit suchten, Arme und Beine loszuwerden?

Und wir müssen uns hüten, daß sie uns nicht nochmal in das Unglück treiben, denn wie schreibt der „Uhu" weiter: Und es ist interessant, zu beobachten, daß es immer wieder die gleichen Leute sind, die derart vom Mißgeschick „verfolgt" werden. Und nach einer Aufzählung solcher Mißgeschicke heißt es: Die meisten dieser „Schicksalsschläge" treten aber gewöhnlich unmittelbar nach eingegangener Versicherung ein, einen Tag nach Zahlung der ersten Prämie.

Also Versicherungsschwindler sind es, die so etwas tun. Nun, dann sind die Kriegskrüppel doch nicht gemeint, denn daß sie sich in eine Versicherung hätten aufnehmen lassen, ist nicht bekannt geworden.

Aber wer ist dann um Gotteswillen gemeint? Irgendwer muß doch gemeint sein. Und da schlecht anzunehmen ist, daß einer, der auf dem Gelde sitzt, sich, um noch mehr Geld zu bekommen, Arme oder Beine abschlägt oder sich in heißes Wasser setzt, muß man schon annehmen, daß die andern gemeint sind, die, die kein Geld haben. Die Armen, die im Dienste des Kapitals ihre Gesundheit opferten und dann frech genug waren, sich eine mäßige Rente für ihre eingebüßte Arbeitskraft auszahlen zu lassen, sie sind gemeint. Oder soll es gar Menschen geben, die gesunde Glieder haben und nicht wissen, was sie damit anfangen sollen, die sich Arme und Beine abfahren lassen, um in den Besitz einer Rente zu kommen? Ja, solche Menschen gibt es. Aber warum gibt es sie? Weil diese Gesellschaft für ihre Mitglieder nicht sorgen kann, weil sie gesunde Arme und Beine nicht zu beschäftigen weiß, weil einige wenige den vielen das Brot vor dem Munde fortnehmen und sie zur Verzweiflung treiben. Denn muß es nicht ein Verzweifelter sein, wer sich in kochendes Wasser setzt, muß nicht einer dem Hungertode nahe sein, wenn er sich dazu entschließt, lieber ein Glied seines Körpers zu opfern, um Brot zu bekommen, als sich ganz fortzuschmeißen, wenn diese Gesellschaft kein Brot mehr für ihn hat? Und darum, es ist eine Lüge, wenn dieses Blatt, das von Leuten gelesen wird, die den Hunger nur vom Hörensagen kennen, schreibt, daß viele Menschen unbedenklich ihre Gesundheit um des schnöden Mammons willen opfern und die es ihnen nicht verzeiht, daß sie, ehe sie sich ganz opfern, versuchen, durch das Opfer ihrer gesunden Glieder in den Besitz des Geldes zu kommen, das für sie nicht schnöder Mammon, sondern bitterste und dringendste Lebensnotwendigkeit ist. Und es sollte jedem, der solche Zeilen liest, der Ekel aufstoßen; denn erst, wenn die Gesellschaft für jedes ihrer Mitglieder Arbeit und als Entgelt für diese Arbeit Obdach und Brot bereithält, wird niemand mehr seine Gesundheit um schnöden Mammons willen opfern, der dann erst wirklich schnöder Mammon ist.

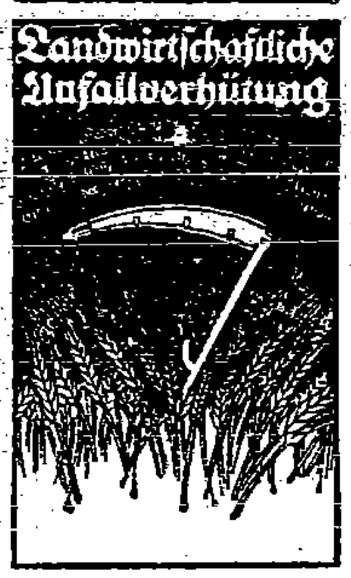
Erich Grisar.

Der Kampf gegen die Tuberkulose

Wiederholt hat die medizinische Wissenschaft Versuche gemacht, um durch dieses oder jenes Heilmittel die Tuberkulose, diese schrecklichste aller Krankheiten, zu bekämpfen. Noch in den neunziger Jahren horchte die gesamte Welt in größter Spannung auf, als Professor Koch eine Lymphe als Injektionsmittel gegen die Schwindsucht herausgab. Die Hospitäler waren damals mit Tuberkulosekranken überfüllt. Aber die erhoffte Wirkung trat zumeist nicht ein. Dennoch bedeutet die Arbeit Kochs einen weiten Schritt vorwärts auf dem Gebiete der Erforschung und Bekämpfung der Tuberkulose. Koch gebührt das Verdienst, der Entdecker des Tuberkulosebazillus zu sein. Im allgemeinen läßt sich sagen, daß die Bemühungen der medizinischen Wissenschaft im Kampfe gegen die Schwindsucht während der letzten Jahrzehnte des vorigen Jahrhunderts und vor allem seit der Jahrhundertwende zu wesentlichem Rückgang der Krankheit geführt haben. Während die Sterblichkeitsziffer durch Tuberkulose im Durchschnitt für die Länder Westeuropas während des Jahres 1871 noch 11,8 vH aller durch Krankheiten verursachten Todesfälle betrug, fiel sie schon 1891 auf 6,2 vH und diese fallende Tendenz hielt seither an.

Heute hat die Medizin den Ursprung der Tuberkulose erkannt. Ja, sie ist sogar in der Lage, durch zweckmäßige Behandlung die Krankheit im Anfangsstadium zu hemmen und sogar zu unterdrücken. Dabei kommen sowohl Behandlung durch Heilmittel als vor allem auch Bestrahlung mit Höhensonne sowie Licht- und Luftliegekuren in Betracht. Sehr weit vorgeschritten ist die ärztliche Wissenschaft in der Untersuchung und Ausmerzung der Tuberkulose unter dem Milchvieh. Früher waren es in großem Maße besonders Kühe, von denen durch Genuß infizierter Milch die Krankheit auf

Dies sind die 3 offiziellen Aufklärungs-Broschüren zur Reichs-Unfallverhütungs-Woche (RUWo) vom 24. Februar bis 3. März 1929. Jedes der Hefte hat 64 Seiten illustrierten Inhalt und einen bunten Umschlag.



den Menschen übertragen wurde. Jetzt ist durch Maßnahmen der Behörden das Milchvieh unter strengste medizinische Kontrolle gestellt worden. Überraschend guten Erfolg hat man auch mit der Bestrahlung von Milch durch sogenannte ultraviolette Strahlen erzielt.

Der Tag wird auch hoffentlich bald kommen, da die medizinische Wissenschaft ein sicher wirkendes Heilmittel gegen Tuberkulose entdeckt. Bis dahin ist es vor allem Pflicht der Eltern und Schulen, in engster Zusammenarbeit mit den Tuberkulosefürsorgestellen stets frühzeitig alle Maßnahmen zu ergreifen, um der Krankheit im Anfangsstadium Herr zu werden.

Eine sehr wesentliche Rolle spielt auch die Wohnungsfrage. Sie ist zum gesamten Wiederaufbau Deutschlands wohl wichtiger als alles andere. Reich, Länder und Kommunen müssen sich energisch bemühen, daß vor allem für die Arbeiterfamilien in den Großstädten menschenwürdige Wohnungen geschaffen werden. Die Arbeiter sind die Basis der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung, des Wohlergehens aller Schichten des Volkes. Es ist nicht mehr als billig, wenn man endlich dafür sorgt, daß sie aus den Schmutzquartieren der großen Städte herauskommen.

Dr. Karl Opitz.

Baden als Körperpflege

Viele Menschen baden regelmäßig nur in den Sommermonaten, wo die unerträgliche Hitze sie zwingt, sich die notwendige Kühle zu verschaffen. Im Winter denkt die Mehrzahl der Menschen leider nicht so oft an das Baden, weil es angeblich zu kalt ist.

Diese falsche Auffassung wirkt sich zum persönlichen Schaden der Betroffenen aus. Der Sportler, der mit seiner Leibesübung auch eine sachgemäße Körperpflege verbindet — beides ist ohne einander überhaupt undenkbar —, geht auch regelmäßig im Winter baden. Das einfache Heißwasserbad in der Wanne wird wohl überall möglich sein; neben einer gründlichen Reinigung des Körpers wirkt es belebend und erfrischend, sobald das Abtrocknen etwas herzhaft besorgt wird. Dieses herzhafte Abtrocknen ist allerdings die Hauptsache; wer es nicht macht, holt sich eine Erkältung und gibt dann ungerechterweise dem Wasser die Schuld. Jeder Sportler müßte seinem Körper das bescheidene Opfer bringen, wöchentlich das regelmäßige Bad zu nehmen. Man kann sich aber auch einmal die Annehmlichkeit eines Fichtennadelbades leisten. Dem Wasser wird ein dickflüssiges Extrakt zugefügt und bekommt so die natürliche Färbung eines einsamen Waldtümpels. Ein solches Bad hat eine ungeahnte Wirkung. Versucht man in der Wanne, ein Bein herauszuheben, so ist es die starke magnetische Kraft der beigefügten natürlichen Substanzen, die dieses Vorhaben stark beeinträchtigt. Steigt man nach dem Bade heraus, so hat man das Gefühl, als wenn recht viel Unnötiges, das der Körper mit sich herumschleppte, verlorengegangen wäre. Eine angenehme Erleichterung durchrieselt den Körper, der Badende fühlt sich wie verjüngt. Anschließend wird lauwarm nachgeduscht, ordentlich und gut abgetrocknet. Für Haut und Nerven hat ein solches Bad eine besondere Wirkung.

Auch die Dampfbäder sind jetzt sehr beliebt. Ein tätiger Sportler müßte allmonatlich ein solches Bad nehmen, um alle angesammelten Ermüdungsstoffe aus dem Körper zu entfernen. In Finnland und Rußland ist das Dampfen seit langem Volksbrauch und in den einsamen russischen Dörfern werden diese Bäder oft auf eine derart primitive Weise genommen, daß wir, die von Kultur triefenden Germanen, uns daran ein Beispiel nehmen könnten.

Ist die Gelegenheit günstig, die Reinigung des Körpers mit dem Schwimmen als durchgreifende Bewegung zu verbinden, so bietet das für jeden gesundheitliche Vorteile. Jeder Sportler, der im Winter mit der sonst von ihm gepflegten Leibesübung pausieren muß, sollte regelmäßig baden und schwimmen gehen und so die ihm auferlegte Sportenthaltung wieder wettmachen. Diese Anregungen haben für jeden Wert; für die Sportler, weil sie es mit ihrer sportlichen Betätigung bitter ernst nehmen und weil sie in ihrem Sport leistungsfähig bleiben wollen; für die andern aus Reinlichkeits- und Gesundheitsgründen. Vor allem müssen aber die Kinder und Jugendlichen rechtzeitig daran gewöhnt werden, auch im Winter zu baden. Das ist ein bescheidener, aber notwendiger Teil der allgemeinen Erziehung.

•

Versäumnis der Anmeldepflicht für einen erlittenen Unfall führt zur Abweisung des Anspruchs

Die Leistungen aus der Reichsversicherung sind festzustellen, und zwar: 1. auf dem Gebiete der Unfallversicherung von Amts wegen; 2. im übrigen auf Antrag (für Kranken- und Invalidenversicherung).

Wird die Unfallentschädigung nicht von Amts wegen festgestellt, so ist der Anspruch auf die Leistungen spätestens zwei Jahre nach dem Unfall bei dem Versicherungsträger (Berufsgenossenschaft) anzumelden. Das Reichsversicherungsamt hat vor kurzem in einer Entscheidung den Anspruch eines unfallbeschädigten Versicherten aus dem Grunde zurückgewiesen, weil der Termin zur Geltendmachung des Anspruchs verstrichen war.

Aus den Entscheidungsgründen: Schon der vom Vertreter der beklagten Berufsgenossenschaft im Termin vor dem Reichsversicherungsamt ausdrücklich geltend gemachte Einwand der verspäteten Anspruchsmeldung mußte zur Abweisung der erhobenen Ansprüche führen. Der Kläger hat den behaupteten Unfall im Jahre ... erlitten, aber erst im Jahre ..., also nach Ablauf der in § 1546 der RVO vorgeschriebenen Frist von zwei Jahren Unfallentschädigung beantragt. Die nachträgliche Anmeldung würde noch möglich gewesen sein, wenn nach Ablauf der Frist eine Verschlimmerung einer bereits während des Fristenlaufs vorhanden gewesenen Unfallfolge oder eine neue Folge des Unfalls eingetreten wäre. Das ist aber nicht der Fall; denn in der Entfernung des Splitters aus dem Arm ... kann weder eine neue Folge des Unfalls noch eine Verschlimmerung einer alten Unfallfolge erblickt werden. Da der Kläger schließlich nicht behauptet hat, an der Anmeldung durch Verhältnisse verhindert worden zu sein, die außerhalb seines Willens lagen, so ist seine Abweisung wegen Fristversäumnis gerechtfertigt.

Diese Frist von zwei Jahren für die Geltendmachung von Entschädigungsansprüchen sollte von den Versicherten beachtet werden. Nach Ablauf der zweijährigen Frist kann ein Anspruch auf Entschädigung für erlittenen Betriebsunfall nur dann noch geltend gemacht werden, wenn 1. eine neue Folge des Unfalls, die einen Entschädigungsanspruch begründet, erst später oder eine innerhalb der Frist eingetretene Folge erst später, nach Ablauf der Frist in wesentlich höherem Maße, wenn auch in allmählicher gleichmäßiger Entwicklung des Leidens bemerkbar geworden ist; 2. wenn der Berechtigte (Verletzte) an der Anmeldung durch Verhältnisse verhindert worden ist, die außerhalb seines Willens lagen. In diesen Fällen ist der Anspruch binnen drei Monaten anzumelden, nachdem die neue Unfallfolge oder die wesentliche Verschlimmerung bemerkbar geworden oder das Hindernis weggefallen ist.

Stirbt der Verletzte infolge des Unfalls, so ist der Anspruch auf Entschädigung für die Hinterbliebenen, wenn sie nicht von Amts wegen festgestellt ist, zur Vermeidung des Ausschlusses spätestens zwei Jahre nach dem Tode des Verletzten bei dem Versicherungsträger (Berufsgenossenschaft) anzumelden.

Die oben bezeichneten Fristen werden aber auch dann gewahrt, wenn der Anspruch rechtzeitig bei einem nicht zuständigen Versicherungsträger der Unfallversicherung oder bei einem Versicherungsamt angemeldet wird. Diese Stellen haben die Anmeldung unverzüglich an die zuständige Berufsgenossenschaft abzugeben; der oder die Beteiligten sind hiervon zu benachrichtigen.

•

Vom ewigen Unsinn

Wissen Sie schon,

daß es noch Innungskrankenkassen gibt, die weniger als 20 Versicherte haben? Ein einziger schwerer Krankenhausfall, und das Kätzchen ist erledigt;

daß das Versicherungsamt Neustrelitz den Vorstand einer Krankenkasse mit hoher Geldstrafe bedroht hat, weil er angeblich einem Kranken 31 (einunddreißig) Pfennig zuviel gezahlt hatte? Erst das Reichsversicherungsamt mußte eingreifen, ehe die Androhung zurückgezogen wurde;

daß ein Kassenarzt in Berlin mit über 200 Krankenkassen zu tun hat? Allein die Bäcker haben 14 verschiedene Kassen;

daß in der Provinz Brandenburg eine Innungskrankenkasse allein 42 vH ihrer Einnahme für die Verwaltung verbrauchte? Im Durchschnitt verbrauchen die Krankenkassen nur rund 7 vH;

daß es trotz aller Bemühungen nicht möglich war, den Reichstag zu bewegen, all diesen Unfug abzustellen?

•

Jedem Arbeiter eine Ferienreise

Vor kurzer Zeit brachten wir Reisebilder aus Südfrankreich, Eindrücke, die auf einer Studienfahrt des Reichsausschusses für sozialistische Bildungsarbeit gesammelt waren. Um den Anfragen über Art und Kosten einer solchen Ferienreise Rechnung zu tragen, weisen wir auf den soeben erschienenen neuen Reiseprospekt des Reichsausschusses für sozialistische Bildungsarbeit für das Jahr 1929. hin. Er enthält eine große Anzahl der schönsten Reisen ins In- und Ausland, und zwar nach Paris, Wien, London, Finnland, Schweiz, Riviera, Dalmatien, Adria, Krakau, Hamburg—Helgoland, an den Rhein, an die Kurische Nehrung, nach Oberbayern—Nordtirol usw. Als Neuerung sind vorgesehen Ferienaufenthalte zu günstigen Bedingungen, und zwar in Tesserete bei Lugano sowie in Krimml, Tirol.

Neben den allgemeinen Studien- und Gesellschaftsreisen finden auch zwei wirtschaftspolitische Studienreisen unter fachmännischer Leitung statt, und zwar eine in das Ruhrgebiet, die andere in Berlin (Berlin als Wirtschaftsgebiet).

Um den weitesten Kreisen die Teilnahme an den Reisen zu ermöglichen, ist wiederum die Einrichtung getroffen, daß die Kosten in monatlichen Ratenzahlungen aufgebracht werden können. Je früher die Zahlungen beginnen, um so geringer ist der Gesamtpreis für die Reise.

Der reich illustrierte Prospekt ist gegen Einsendung von 35 ₰ in Briefmarken durch den Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SW 68, Linderstr. 3, zu beziehen.

Verbandsleben

Der „Diagnostiker"

(Ein neuer Schlager der „Betriebswissenschaft")

Er ist ein bescheidener grauer Kasten, der, an einer vernickelten Stange befestigt, seine Aufstellung an meiner Drehbank gefunden hat. Sein Inneres beherbergt ein Uhrwerk, das eine Spule mit einer Papierrolle in Bewegung setzt. Der Blattstreifen rollt über eine Walze ab, auf der ein Griffel befestigt ist. Dieser erhält eine Hebelbewegung vermittels einer einfachen Schnur, die, an dem Support der Drehbank angebracht, jede seiner Bewegungen auf die rotierende Walze zeichnet. So entsteht auf dem Blattstreifen ein Diagramm, das den Arbeitsvorgang in allen Phasen ablesen läßt. Es ist klar, daß die „magischen" Kräfte, die ein solcher Wunderapparat auslöst, den Unternehmer in ihren Bann gezogen haben; ist er doch besonders geeignet, die eigene Unzulänglichkeit zu verdecken. Vielleicht war es auch der Hintergedanke, so ein Ding biete die beste Gelegenheit — besonders während der Zeit der Flaute —, die Arbeitsbedingungen zu „revidieren". Man sagt das natürlich nicht.

Doch hören wir die Lobestöne, die geschwätzige Vertreter dem Wunderkasten singen: „Sehen Sie, meine Herrschaften, dieser Apparat bedeutet die größte Errungenschaft unserer Zeit auf dem Gebiete der Arbeitsforschung! Das soziale Problem ist nicht mehr vorhanden, der alte Streit zwischen dem Arbeiter, der seine Arbeitskraft so teuer wie möglich zu verkaufen sucht, und dem Fabrikanten, der konkurrenzfähig bleiben will, ist vorbei! Dieser Apparat, der den Namen „Diagnostiker" trägt, stellt den unparteiischsten Beobachter von der Welt dar; er ist die Wissenschaft selbst. Mit der Genauigkeit einer mathematischen Formel gibt er Ihnen Aufschluß über das Arbeitstempo des Arbeiters, auf die Sekunde zeigt er die Dauer jedes Arbeitsvorganges an. Faulenzen bei der Arbeit gibt es nicht mehr, jede Minute Zeit wird erfaßt. — Sie lächeln und wollen sagen, daß solche Uhrwerke an anderen Stellen längst Anwendung fänden. Stimmt! Aber gestatten Sie: Die Bedeutung einer Erfindung liegt erst in ihrer Anwendung. In unserm Falle zeigt sich gerade hier der geniale Gedanke. Der menschliche Witz erlebt seinen größten Triumph!

Machen Sie sich das einmal klar, fährt der Lobsinger fort. Der Arbeiter, der durch diesen Apparat beobachtet wird, unterliegt in seinem Tun und Lassen der Kontrolle. Das entstandene Bild auf dem Blattstreifen gibt das Arbeitstempo, jede gemachte Pause und unnötige Unterbrechung der Arbeit wieder. Frei von Beeinflussung arbeitet das Uhrwerk und registriert jeden Vorgang. Sollte der Arbeiter etwa jenen bekannten Ort aufsuchen, der immer noch vielen als „Erholungsstätte" dient, und bei dem „Geschäft" gemütlich die Zeitung lesen wollen — schon hält der Stift auf der Rolle die Dauer der „Sitzung" fest. Sie sehen also, wie nach der Richtung hin der Apparat nützlich sein kann. Aber auch folgendes gilt es zu beachten: Wollte man dem Arbeiter dauernd einen Aufpasser zur Seite stellen, das wäre schwierig. So ein kleiner Kasten aber ist ganz unpersönlich, dem tut niemand etwas. Der Aufseher wäre immerhin manchen Bemerkungen oder gar Anwürfen ausgesetzt: den Apparat mag man nur immerzu schimpfen. Wenn auch das Auge des Proleten zu ihm giftig herüberschaut und er denkt: „Verfluchter Antreiber!" und er stichelt: „Alter Spekulierkasten", der graue Kasten wird seine Striche ziehen. —

Und woher der so mystisch klingende Name „Diagnostiker" kommt? erläutert der Lobpreiser. Sie wissen, daß man unter Diagnose versteht, den Krankheitsherd feststellen. Für unser krankes Wirtschaftsleben heißt das: Es muß mehr gearbeitet werden! Damit wird nur die Richtigkeit des alten Satzes erhärtet: Nur Arbeit kann uns retten! (Wobei das Wörtchen „uns" eine besondere Betonung erfuhr.) Sehen Sie, wieviel Geist in diesem Teufelswerk steckt! Sein Name schon gibt uns über seine ureigene Zweckbestimmung Aufklärung: Mehr arbeiten! Wir müssen heutzutage gründlich, und das heißt wissenschaftlich vorgehen.

Meine Herrschaften, kaufen Sie diesen Apparat, benutzen Sie in Ihren Betrieben den „Diagnostiker" und Sie werden das Problem der Produktionssteigerung lösen und Ihren Betrieb einer reichen Zukunft entgegenführen!"

Einem solchen Lobgesang konnte unser Unternehmer nicht widerstehen. Der kleine Apparat kam in unsern Betrieb. Es gibt kaum eine Maschine, die ihm nicht zum Gegenstand „wissenschaftlicher" Betriebsführung wird. Und was dabei herauskommt? Der Arbeiter empfindet diese Art dauernder Kontrolle als etwas Erniedrigendes und bäumt sich auf, das letzte bißchen Mensch von der Mechanik des Uhrwerks ertöten zu lassen. Unser Apparat möge nur weiter seine Striche ziehen. Er wird eines Tages dieser Arbeit müde sein und gestehen müssen, daß bei aller Raffiniertheit ihm doch eines fehlt: Die schöpferische Kraft! Und der Tag wird kommen, wo er, der die Produktion zu revolutionieren sich vornahm, zwischen stumpfigem Gerümpel ein vergessenes Dasein führt.

W. J.

Ein Thyssen-Direktor a. D. übt sich

Es gibt Menschen, die unbedingt berühmt werden wollen. Zu dieser Menschenart gehört nach unserer Meinung auch der technische Direktor Roser der Firma Berner & Pfleiderer in Cannstatt und Feuerbach. Roser kam im Jahre 1921 von der Firma Thyssen zur Firma Berner & Pfleiderer. Früher zählte die Firma in sozialer Hinsicht nicht zu den übel berüchtigten. Dieses Ansehen der Firma zu bekämpfen, scheint sich der Thyssen-Direktor a. D. in den Kopf gesetzt zu haben. Den größten Teil seiner Kraft lenkt er darauf, möglichst viel von den Akkordpreisen abzubauen. Um dies möglichst radikal durchführen zu können, hat er einen Stab von jungen Kalkulatoren (Akkordbüroangestellten) angestellt, die natürlich von praktischer Arbeit keinen Dunst haben. Nun ist Fachkenntnis zur Herunterdrückung der Akkordpreise auch nicht unbedingt notwendig. Die Hauptsache ist, daß die Akkordpreise abgebaut werden, um den Herren Werner mitteilen zu können, daß diese oder jene Arbeit um 20 bis 30 vH billiger hergestellt wird, wenn dann auch nachträglich ein gewisser Hundertsatz Mehrarbeit entsteht. Das aber wird den Herren zu nicht mitgeteilt. Der Arbeiterschaft will man plausibel machen, daß der Zwang zum Sparen die Firma zu derartigen Maßnahmen zwinge. Das kann man solange nicht glauben, solange der Direktor Roser sich einen Stab von Reichswehr- und Marinesoldaten als Wochenlöhner und Bezahler mit einem hohen Verdienst zu halten in der Lage ist. Auch sonst scheint man mit dem Geld nicht allzu haushälterisch umzugehen, was die verschiedenen Betriebsumstellungen zur Genüge beweisen. Auf einen Schnitzer mehr oder weniger kommt es ja nicht an. Man hat ja noch eine Anzahl Arbeiter im Betrieb, aus deren man all diese Unkosten wieder herauspressen kann. Wenn die Herren Werner die Geschichten ihres technischen Direktors über den Akkordabbau etwas mehr auf ihre Richtigkeit prüfen wollten, würden sie die Leistung ihrer Arbeiter anders einschätzen.

Dem Herrn Roser genügen die Berichte über die einzelnen Arbeiter aus dem Betrieb nicht, er muß sie auch in ihrer Häuslichkeit kennenlernen. Zu diesem Zweck hat der Herr eine Fabrikpflegerin angestellt, die die Arbeiter und Angestellten während ihrer Krankheit auszukundschaften hat. Sie geht in die Wohnungen der Arbeiter, auch wenn sie längst wieder gesund geschrieben und zur Arbeit zurückgekehrt sind, erkundigt sich bei der Frau, ob ihr Mann brav oder ob er ein Trinker ist, ob er immer zu Hause bleibt und ob die Möbel schon bezahlt sind.

Wie weit der Drang nach Sparsamkeit geht, beweist folgende Tatsache: Herr Roser hat den Arbeiterrat ersucht, sich bei der Arbeiterschaft dafür einzusetzen, daß die Lohnabrechnung nach vier Wochen erfolgen soll. Das soll soviel heißen, daß die Arbeiter jede Woche drei Wochen lang ihren ungefähren Verdienst ausbezahlt erhalten und in der vierten Woche soll dann dem Arbeiter das ganze Krankengeld, Steuern, Arbeitslosen-, Invalidenversicherung u. dergl. mehr abgezogen werden, so daß womöglich in der vierten Woche der Arbeiter noch Geld bringen muß. Herr Roser glaubt damit einige kaufmännische Angestellte zu sparen. Wie es dem Arbeiter dabei geht, spielt keine Rolle. Vielleicht aber reicht die Ersparnis dazu, noch einige Reichswehr- und Marinesoldaten anzustellen. Weiter versteht es der Herr Direktor Roser meisterhaft, seine Auswärtsmonteure so wie es ihm beliebt zu bezahlen. Der Montagetarif wurde in Vergessenheit gebracht und damit die Monteure alles schön und ruhig hinnehmen, lädt Herr Roser die Auswärtsmonteure an Weihnachten zu einem Schmaus ein. Die Sochs, die der Herr Direktor bei dieser Gelegenheit auf sich ausbringen läßt, sorgen für die notwendige Stimmung, so daß Herr Roser schmunzelnd und befriedigt von dannen ziehen kann.

Die Arbeiterschaft erwartet von den Herren Werner, daß sie schnellstens Abhilfe schaffen. Das glauben die Arbeiter von einer Firma, die ein großer Lieferant der Konsumgenossenschaften ist, wohl erwarten zu dürfen.

Ergebnisse der Verbandstätigkeit

Braunschweig. Das Mehrarbeitszeitabkommen wurde in bezug auf die Höhe der Zuschläge für Überstunden erhöht. Die gleichzeitig damit verbundene Bewegung auf Erhöhung der Tarifstundenlöhne ist noch nicht abgeschlossen. Es besteht jedoch Aussicht, daß es zu einer annehmbaren Vereinbarung kommt.

Bezirk Hamburg. Für die Metallindustrie Itzehoe wurde a) für die Akkordbetriebe der Spitzenlohn für Gelernte von 84 auf 88, für Angelernte von 76 auf 80, für Ungelernte von 70 auf 74 ₰ erhöht. Alle übrigen Gruppen erhalten 3 ₰ Lohnzulage. Akkordarbeiter, die vorübergehend in Zeitlohn arbeiten müssen, erhalten einen Zuschlag von 15 vH zum vorgenannten Lohn; Arbeiter, die dauernd in Lohn arbeiten, bekommen eine Zulage zum Stundenlohn von 20 vH. b) Für die Lohnbetriebe der Spitzenlohn für Gelernte von 84 auf 90 und ab 1. April auf 94, für Angelernte von 76 auf 82 bezw. 86, für Ungelernte von 72 auf 76 bezw. 80 ₰ erhöht. Das Abkommen gilt bis 31. Dezember 1929.

Bezirk Hannover. Für die Metallindustrie in Braunschweig wurde durch beiderseitig angenommenen Schiedsspruch der Lohn für Facharbeiter aller Altersklassen, für Angelernte, Ungelernte und Frauen in der höchsten Altersklasse um 3 ₰, für alle übrigen Arbeiter um 2 ₰ die Stunde erhöht. Der Spitzenlohn beträgt danach für Facharbeiter 86, für Angelernte 80, für Ungelernte 74, für Frauen 57 und für Lehrlinge 20 ₰. Die bisherige Akkordbasis wurde von 72 auf 83 ₰ erhöht. Der Tarif gilt bis 15. Februar 1930.

Karlsruhe. Ein Versuch der Firma Haid & Neu, die Akkordpreise für die Arbeiter der Abteilungen Gießerei, Schleiferei und Putzerei zu vermindern, wurde mit Erfolg zurückgewiesen. Die beabsichtigte Verringerung der Akkorde hätte einen Lohnausfall von durchschnittlich 7 ℳ die Woche bedeutet.

Ückermünde. Wegen Verweigerung von Streikarbeit für die Werften wurden die Arbeiter bei der Firma Kayser entlassen. Daraufhin beschlossen die übrigen Arbeiter, die Arbeit einzustellen. Durch Verhandlungen kam eine Vereinbarung zustande, wonach die Wiedereinstellung aller am Streik beteiligten Leute erfolgt und in Zukunft die Ausführung von Streikarbeit von der Firma nicht mehr verlangt wird.

Die Gewerkschaftszeitung frisch gewandet

Die Gewerkschaftszeitung, das Wochenblatt des ADGB, erscheint in neuer Aufmachung. Sie hat besseres Papier, plastische Überschriften, übersichtlichere Stoffordnung und lateinische Schrift bekommen, kurz sie ist zeitlicher geworden. Auch der Inhalt scheint uns, nach der ersten Nummer von 1929 zu urteilen, gediegener geworden zu sein. Neben mehreren lesenswerten Aufsätzen finden wir einen von dem für den ADGB gewonnenen Statistiker Wl. Woytinsky über die Gliederung der Arbeiter in Deutschland, den wir unsern Kollegen der Beachtung angelegentlichst empfehlen. Die wichtigste und erreulichste der technischen Neuerungen aber ist die lateinische Schrift. Damit wird die Gewerkschaftszeitung jenseits der deutschen Grenzen viel mehr Leser finden, was für ein Blatt von ihrer Art sehr erwünscht sein muß. Es ist nun einmal so, daß unsere deutsche Schrift (Fraktur) im Auslande auf viele ungeübte und abgeneigte Leser stößt. Wer international wirken will, muß zur lateinischen Schrift übergehen. Aber abgesehen davon. Wir halten dafür, daß die deutsche Arbeiterbewegung für alle ihre Blätter und Schriften die lateinische Schrift verwenden sollte. Es ist nicht einzusehen, warum die Fraktur, eine zeitbedingte Mode, weitergepflegt werden soll, zumal sie in jedem Betracht nachteilig ist. Die Lateinschrift ist leichter lesbar, ermüdet weniger, ist weiter in der Welt verbreitet und, was auch sehr ins Gewicht fällt, sie bedeutet eine wesentliche Ersparnis. Wird die deutsche Schrift allgemein durch die lateinische ersetzt, kann die Hälfte der Setzerlettern mit Inhalt verschwinden und der ganze Druckbetrieb wird erheblich vereinfacht und verbilligt. Die einleuchtenden Vorteile haben schon eine Anzahl deutsche Gewerkschaftsblätter bestimmt, mit der Lateinschrift zu beginnen. Sie benutzen sie, vorsichtshalber, allerdings erst nur für den ausländischen Teil. Das Vorgehen der Gewerkschaftszeitung ist recht dankenswert, weil es, wie man annehmen kann, auch andere Blätter bestimmt, das gleiche zu tun. Es wird daraus Vorteil für die Organisation wie für die Leser sprießen.

Jubiläumsfeier in Schwabach

Sie fand am 5. Januar statt. Kollege Hans Hofer, der die Ehrenrede namens der Ortsverwaltung besorgte, konnte mit Recht darauf verweisen, daß es wenige Verwaltungsstellen im Verbande geben dürfte, die mit 1900 Mitgliedern 235 Jubilare, darunter 146 Frauen aufweisen können. Unter diesen befinden sich 11 Gründungsmitglieder, neun Frauen und zwei Männer, die schon während des Sozialistengesetzes dem damaligen deutschen Fachverein für Metallarbeiter angehörten und heute noch tätig sind. So der Kollege Hierl der seit 24 Jahren Geschäftsführer der Verwaltungsstelle ist, der Kollege Andreas Liebel und dessen Frau Anna, die seit dem Jahre 1893 als Beitragskassierer gewissenhaft amten, während im Landbezirk der Kollege Nitzschke mit einer 35jährigen und der Kollege Weiß, Katzwang, mit einer 30jährigen Mitgliedschaft (als Vertrauensmänner), Einkassierer und Zahlstellenleiter wirken.

Mitteilungen des Vorstandes

Telegrammadresse: Metallvorstand Stuttgart
Telephon-Nummern: S.-A. 62841, 62842, 62843

Mit Sonntag dem 20. Jan. ist der **4. Wochenbeitrag** für die Zeit vom **20. bis 26. Januar 1929** fällig.

Da die bisher gültigen Beitragsmarken nach dem 1. Januar 1929 nicht mehr verwendet werden dürfen und die noch vorhandenen Markenbestände bald an den Vorstand eingesandt werden müssen, liegt es im Interesse der Mitglieder, vorhandene Beitragsrückstände sofort nachzuholen.

Ersatz für vollgeklebte Mitgliedsbücher

Die Verwaltungen werden auf die Beilage zum Rundschreiben Nr. 49 vom 24. November 1928: „**Ersatz für vollgeklebte Mitgliedsbücher**" aufmerksam gemacht. Wir ersuchen, die darin enthaltenen Vorschriften genau zu beachten, damit der Umtausch der vollgeklebten Mitgliedsbücher ohne Störung der Mitgliedschaft vor sich geht.

Die vollgeklebten Mitgliedsbücher sind mit einem Vermerk über Zahl und Höhe der bisher geleisteten Beiträge an den Vorstand einzusenden.

Ortsverwaltungswahlen

Bei den um die Wende des Jahres und später stattfindenden Wahlen der örtlichen Verwaltungen sind die zu § 33 Absatz 2 des Statuts vom Verbandstag in Karlsruhe angenommenen Änderungen zu beachten:

1. **Wählbar sind nur Mitglieder, die mindestens 52 Wochen dem Verband angehören** und für diese Zeit ordentliche Beiträge entrichtet haben.
2. **Wahlberechtigt sind nur Mitglieder, die mindestens 13 Wochen dem Verband angehören** und für diese Zeit ordentliche Beiträge entrichtet haben.

Gestohlen wurde:

Mitgliedsbuch Nr. 6 406 495, lautend auf den Schlosser Simon Angler, geb. am 20. Januar 1872 zu Landshut. (Landshut.)

Stuttgart, Kötestraße 16. **Der Verbandsvorstand.**

Zur Beachtung! • Zuzug ist fernzuhalten:

von Drehern und Gießern nach Graz (Andritzer Maschinenfabrik A.-G.) D:

von Werftarbeitern nach allen Werftorten im Nord- und Ostseegebiet St

L = Lohnbewegung; D. = Differenzen; v St = Streik in Sicht; St. = Streik; M = Maßregelung; Mi = Mißstände; A = Aussperrung.

Anträge auf Verhängung von Sperren müssen von den Ortsverwaltungen über die Bezirksleitungen an den Vorstand eingereicht werden und ausreichend begründet sein.

Der Bezirksleiter Näpflein-Nürnberg gedachte in der Festrede der 225 Frauen und Männer, die dem Verbande in der langen oft stürmischen Zeit die Treue hielten. Er betonte, daß Schwabach Arbeiterschaft, besonders aber die Schläger und Nadler, frühzeitig um Klassenbewußtsein erwacht und sich zusammengeschlossen haben. Er verglich den einzelnen auf sich selbst angewiesenen Menschen mit einer Schneeflocke, die ein Windhauch verwehen kann, während die organisierte Masse wie eine Lawine wirkt, die, aus einzelnen zusammengeballten Schneeflocken bestehend, alle Hindernisse überwindet. Den Hunderten im Saale anwesenden jungen Mitgliedern stellte der Redner die Jubilare als Muster dar und verlangte, daß sie sich in den Dienst der Arbeitersache stellen.

Konzert und Tanz hielt alt und jung bis lange nach Mitternacht zusammen. Alle gelobten sich noch mehr wie bisher für die Organisation zu wirken.

60 Jahre Zimmererverband

Die erste Gewerkschaft der Zimmerer wurde am 28. und 29. Dezember 1868 in Braunschweig gegründet. Das erste Jahrzehnt war angefüllt von einem wechselvollen Ringen um die Erhaltung der Organisation. Nach mancherlei Umgründungen trat im August 1883 der Verband Deutscher Zimmerleute, der heutige Zentralverband ins Leben. Trotz aller Schwierigkeiten vermochte sich diese Berufsorganisation einen achtunggebietenden Einfluß zu verschaffen. Der Zimmererverband zählt heute 113 000 Mitglieder. Im Jahre 1885 waren es 3428. Das ist ein Erfolg, wie ihn so leicht keine Gewerkschaft aufzuweisen hat. Das bemerkenswerte an dieser Entwicklung ist, daß der Zimmererverband auf rein beruflicher Grundlage aufgebaut ist. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Zimmerer sind gewiß nicht nach jeder Richtung vollkommen. Dennoch können sie sich sehen lassen. Der feste Zusammenhalt der Zimmerer kann vielen Gewerkschaften zum Vorbild dienen.

Schriftenschau

50 Jahre Wahrer Jacob. Im Januar 1929 begeht der „Wahre Jacob", das bekannte und beliebte sozialistische Witzblatt, das Jubiläum 50jährigen Bestehens. Im Jahre 1879, just unter den ersten Stürmen des Ausnahmegesetzes, hat J. H. W. Dietz, damals Leiter der Hamburger Genossenschaftsdruckerei, das Blatt in Hamburg begründet. Was das Blatt später, als Heinrich Dietz seinen berühmten Verlag in Stuttgart begründete, für die Partei bedeutete, ist bekannt. Der Verlag Dietz hat aus Anlaß des seltenen Jubiläums eine Festschrift „50 Jahre Wahrer Jacob" herausgegeben, die, reich illustriert, eine Geschichte des Blattes und eine amüsante Revue „Kreuz und quer durch alle Jahrgänge des Wahren Jacob" enthält. Sie ist zum billigen Preis von 25 ₰ in jeder Volksbuchhandlung zu haben.

Unfallverhütung durch das Bild. Verzeichnis der von der Unfallverhütungsbild G. m. b. H., Berlin W 9, im Auftrage des Verbandes der Deutschen Berufsgenossenschaften herausgegebenen Unfallverhütungsbilder. 4. Nachtrag umfaßt die Unfallverhütungsbilder 195 bis 282. Der Nachtrag ist zum Preis von 25 ₰ pro Stück und die Hauptausgabe zum Preis von 50 ₰ zu beziehen durch Unfallverhütungsbild G. m. b. H., Berlin W 9, Köthenerstr. 37.

„Gesundheit", Zeitschrift für gesundheitliche Lebensführung des berufstätigen Volkes. Herausgeber: Hauptverband deutscher Krankenkassen e. V., Berlin-Charlottenburg, Berlinerstr. 137. Die Zeitschrift wird an den Schaltern der Krankenkassen den Versicherten unentgeltlich ausgehändigt.

Der Kellner- und Kochberuf erscheint manchen zu Ostern die Schule verlassenden jungen Menschen erstrebenswert. Über die Verhältnisse und Aussichten dieser Berufe unterrichten zwei Broschüren, die vom Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Caféangestellten, Berlin N 24, Elsasserstr. 86/88, kostenlos abgegeben werden.

Kongreß der russischen Gewerkschaften

Vom 10. bis 23. Dezember tagte in Moskau der achte Kongreß der russischen Gewerkschaften. Anwesend waren 1505 Vertreter, die sich auf 27 russische Nationalitäten verteilen. Von den 1131 Delegierten mit beschließender Stimme gehörten 44 vH der werktätigen Arbeiterschaft an, dagegen 56 vH der besoldeten Gewerkschaftsführung. Politisch organisiert waren 72,5 vH, parteilos waren 27,5 vH. Des Lesens und Schreibens unkundig, Analphabeten, waren 0,9 vH.

Die Seele des Kongresses war Tomski, der Führer und Vorsitzende des Zentralrats der Gewerkschaften. Er gab einen langen Überblick über den Stand der Gewerkschaftsbewegung und deren Strömungen, ferner über die wirtschaftlichen Schwierigkeiten und die Aussichten der Wirtschaft. Die Ergebnisse der Gewerkschaftsarbeit feierte er als große, in der Weltgeschichte beispiellose Erfolge, um hinterher zuzugeben, daß der Rohstoff- und Warenhunger nicht abflauen wolle, daß die Bedürfnisse der arbeitenden Massen nur zum Teil befriedigt werden könnten, daß die Industrialisierung des Landes nur langsam vorschreite und die Ernährung der Bevölkerung durch die Landwirtschaft trübe Ausblicke gestatte.

Als Schandfleck und Eiterbeule bezeichnete Tomski die zahlreichen Fälle von Unterschlagungen der Verbandsgelder. Allein im ersten Halbjahr 1928 betrug die unterschlagene Summe nicht weniger als 442 766 Rubel. Das sei nur die Summe, die zur öffentlichen Kenntnis genommen werden konnte. Die geheim gebliebenen Unterschlagungen seien ebenfalls mit einer ansehnlichen Summe zu bewerten. „Wo wird gestohlen?" fragt Tomski. „Im Betriebsrat, in den Unterstützungskassen, im Arbeiterklub, in den Zahlstellen, Bezirks- und Gaukassen. Wer hat gestohlen? Ich muß leider gestehen: an erster Stelle die Vorsitzenden. Wie verteilen sich die Unterschlagungen auf die politische Eingruppierung? Man kann sagen, fast gleichermaßen stehlen Parteilose wie Kommunisten, Jugendbündler wie solche, die unbekannt bleiben. Das schlimmste dabei ist, daß unsere kommunistische Jugend, unsere Zukunft, unser Stolz, an den Unterschlagungen mit 12,2 vH beteiligt ist. Mit glühendem Eisen müssen wir deshalb diese Eiterbeule ausbrennen."

Losowski, der Vorsitzende der Roten Gewerkschaftsinternationale, sang Lobeshymnen auf den angeblich unaufhaltsamen Vormarsch der Roten Internationale in allen Ländern. Im übrigen widmete er den größeren Teil seiner Rede der Amsterdamer Internationale, die er in Grund und Boden donnerte und für alle Mißerfolge der bolschewistischen Arbeiterpolitik verantwortlich machte. Man müsse vor allem die Unorganisierten bearbeiten, denn in Amerika zum Beispiel seien 91 vH der Arbeiter unorganisiert, während die letzte Aussperrung im Ruhrgebiet nur 64 000 organisierte, dagegen 149 000 unorganisierte Metallarbeiter ausgewiesen habe. „Wir wären sehr schlechte Politiker", rief Losowski, „und würden nur der alten sozialdemokratischen Tradition folgen, wollten wir die unorganisierte Masse unbeachtet lassen."

Die Amsterdamer im Zerrspiegel

Losowski fragt, was die sogenannte Internationale der Bergarbeiter, der Metallarbeiter usw. eigentlich vorstelle. Die erste habe die englischen Bergleute zur Zeit ihres Streiks im Stich gelassen, die zweite habe die Ausgesperrten ebenfalls nicht unterstützt und jede andere sei auch nichts weiter als eine Internationale auf dem Papier oder bestenfalls eine Vereinigung zur Eintragung von ein- und ausgehenden Postsachen. Tomski, der die Amsterdamer ebenfalls zu Brei zerstampfte, pries Macht und Einfluß der Roten Gewerkschaftsinternationale, die mit ihren 12 Millionen Mitgliedern der Amsterdamer Internationale nicht nur ebenbürtig, sondern mit ihrem revolutionären Elan überlegen sei. Mag es im Auslande einen Streik, eine Aussperrung geben: stets eile die Rote Internationale den Kämpfenden mit vollem Geldbeutel zu Hilfe. Die Reformisten befolgen weiter ihre Versöhnungspolitik gegenüber dem Kapital. Da sie keinen Ausweg wüßten und einen Streik bis zu seiner logischen Entwicklung nicht durchzuführen vermögen, versuchen sie, ihre Unfähigkeit dadurch zu vertuschen, daß sie möglichst schnell „eine Niederlage erleiden". Dank dieser Politik seien sie ein Teil der kapitalistischen Maschine geworden. Ihre Politik der Halbheit, der Anbiederung, der Zersplitterung und der Abwartung bei Arbeitskämpfen gewähre dem faulenden Kapitalismus noch eine gewisse Frist zum Leben.

Die deutsche KPD ließ ihre gewerkschaftliche Sektion durch Auer, Kramer und Overhagen vertreten. Der erstere gestattete sich die Bemerkung, die reformistischen Gewerkschaftsführer verwurzeln sich immer mehr mit dem bürgerlichen Staatsapparat. Sie besetzen alle möglichen Posten — vom Arbeitsinspektor bis zum Minister. Als Schlichter setzen sie gemeinsam mit der Bourgeoisie die Lohn- und Arbeitsbedingungen fest. Jetzt seien sie noch weiter gegangen: Gewerkschaftsführer, Bürgertum und Polizei schlossen einen Dreibund. Beim Hafenarbeiterstreik in Hamburg leisteten sie der Polizei aktive Hilfe, als sie die Streikenden mit Gummiknüppeln aus dem Hafenbereich trieb und sie zum Streikbruch zwingen wollte. Kramer dagegen empfahl sich als Märtyrer für die heilige kommunistische Sache. Als Mitglied der SPD habe er die Reise der deutschen Arbeiterdelegation nach Rußland mitgemacht. Die Folge davon sei sein Ausschluß nicht nur aus Betriebsrat und Partei, sondern auch Verlust seiner Stellung. Kramer, der gläubige Zuhörer fand, leistete sich noch den kapitalen Witz: „Überlaßt uns den Genossen Tomski mit dem ganzen Präsidium. Wir nehmen sie mit nach Deutschland, auch schicken wir im Austausch unsere Reformisten, mit denen ihr schon auf eure Art fertig werdet. Solltet ihr aber Tomski und andere zurückverlangen, dann werdet ihr sie lebend nicht wiederkriegen, wir werden euch verprügeln."

Eine unerhörte Majestätsbeleidigung vor versammelter Mannschaft ließ sich der Armenier Mandalian zuschulden kommen. Er warf der Roten Gewerkschaftsinternationale nicht mehr und nicht weniger als „gegenrevolutionäre Bestrebungen" vor, weil das Präsidium des Gewerkschaftsrats andere Auffassungen vertrete als seine Delegation in der Internationale. Der ungehobelte Armenier beschuldigte noch das zentrale Gewerkschaftsblatt „Trud" irreführender Berichterstattung auf internationalem Gebiete. Das Blatt habe aus Anlaß der Aussperrung im Ruhrgebiet geschrieben, der Sieg der Kapitalisten unter Mithilfe der Reformisten sei schon gesichert und dieser Sieg werde eine vollständige Niederlage der Arbeiter bedeuten. So zu schreiben sei unzulässig und irreführend, denn der Kampf war noch im Gange. Weiter habe das Blatt geschrieben: „Der Sieg oder die Niederlage der rheinischen Metallarbeiter wird den Sieg oder die Niederlage des deutschen Proletariats auf lange Jahre hinaus bedeuten." Mit Recht fragt der armenische Delegierte, woher sich unverantwortliche Zeitungsschreiber das Recht nehmen, dem deutschen Proletariat eine Niederlage für lange Jahre im voraus zu garantieren.

Große Zahlen

Aus den weiteren Berichten ist kurz folgendes zu entnehmen: Die Zahl der Mitglieder beträgt insgesamt 11 600 000, darunter etwa 13 vH Frauen und 4 vH Jugendliche. Von den einzelnen Verbänden zählten u. a. am 1. Oktober 1928 Landarbeiter 1 362 000, Angestellte 1 270 000, Eisenbahner 1 153 000, Metallarbeiter 971 000, Bauarbeiter 955 000, Textilarbeiter 883 000, Bildungswesen 795 000, Gesundheitswesen 548 000, Bergarbeiter 520 000, Ernährungswesen 473 000, Getränkearbeiter 315 000, Chemiearbeiter 265 000, Gemeindearbeiter 257 000, Holzarbeiter 177 000, Transportarbeiter 178 000, Wasserarbeiter 177 000, graphische Arbeiter 130 000, Lederarbeiter 129 000, Post und Telegraphie 117 000, Zuckerarbeiter 111 000, Bekleidungsarbeiter 100 000. Die Arbeiterschaft insgesamt ist von der Organisation zu 91 vH erfaßt. Die Mitgliedschaft beruht teils auf Zwang, teils auf der Berechnung, dadurch besseres Fortkommen und besondere Vorteile zu erzielen.

Die Löhne betragen im monatlichen Durchschnitt 66 Rubel. Den höchsten Lohn, 101 Rubel, erhalten die Gummiarbeiter, den niedrigsten, 43 Rubel, die Flachsarbeiter. Die Arbeiterinnen der Industrie verdienen durchschnittlich 54 Rubel. Seit dem siebenten Kongreß 1926 beträgt die Steigerung 23 vH, wodurch der Lohnstand der Vorkriegszeit um 27 vH überschritten wurde. (Hierbei ist zu bemerken, daß alle Bedarfsartikel gegenüber den Preisen der Vorkriegszeit fast um das Doppelte teurer geworden sind.) Die Verkürzung der Arbeitszeit auf sieben Stunden macht nur langsame Fortschritte. Im letzten Jahre wurde sie in 28 Unternehmungen mit 126 000 Arbeitern angeordnet. Dabei wurden in vielen Fällen, trotzdem es unzulässig ist, die Löhne beschnitten, zum Beispiel im Erdölgebiet um 4 bis 6 vH. Schwierigkeiten bereitet besonders der Schichtwechsel. Bei drei Schichten innerhalb 24 Stunden bleiben 3 Stunden übrig. Um sie verlustlos auszufüllen, wird vorgeschlagen, jeden Arbeiter eine Woche acht, die andere Woche sechs Stunden arbeiten zu lassen. In der Praxis werden aber diese überzähligen Stunden oft als Überstunden ausgefüllt.

Auch in Sowjetrußland gibt es noch Streiks wegen Lohn und Arbeitszeit. Die Zahl der Streiks betrug 337 in 1926 mit 32 900 Streikenden, 396 in 1927 mit 20 100 Streikenden und 90 mit 8900 Streikenden im 1. Halbjahr 1928. Die Zahl der Konflikte, die hauptsächlich die Entlohnung betreffen, ist nicht gering. So hatten die Schlichtungskammern zum Beispiel im 1. Quartal 1928 insgesamt 54 113 Fälle zu schlichten, von denen 35,8 vH zugunsten der Arbeiter, 27,9 vH teilweise und 26,3 vH zuungunsten entschieden wurden.

In bezug auf den Arbeiterschutz wurde festgestellt, daß die sanitären und technischen Verhältnisse sich nicht gebessert, sondern verschlechtert haben. So ereigneten sich im 4. Quartal 1925 auf 1000 Arbeiter 26 Unfälle, im gleichen Zeitraum 1927 dagegen 44. Insgesamt wurden 1927 in der Industrie 425 000 Unfälle mit zeitweiser oder vorübergehender Arbeitsunfähigkeit gezählt. Die Arbeiterschutzgesetze, so wurde betont, seien gut, aber deren Anwendung sei schlecht. Noch würde viel zu viel Überarbeit geleistet, so besonders im Bergbau, Metall und Papier. Im vorigen Jahre seien 49 Millionen Rubel zum Ausbau des Arbeiterschutzes bereitgestellt worden, davon wurden nur 42 Millionen ihrem Zwecke zugeführt, wo der Rest geblieben sei, wisse man nicht.

An Beiträgen sind in den letzten zwei Jahren 204 Millionen Rubel eingegangen, wovon etwas über die Hälfte wieder den Mitgliedern zufloß. Der Rest verteilt sich auf die Verwaltung und den Vermögensbestand. Im internationalen Fonds befinden sich fast 6 Mill. Rubel, für Unterstützungen bei Arbeitskämpfen im Auslande wurden 1 296 511 Rubel ausgegeben.

In der Aussprache wurden von den Vertretern viele Klagen über Mißstände gebracht. Viel wurde geredet auch über gewerkschaftliche Demokratie und über Zusammenarbeit mit den Massen der Mitglieder, die ihrerseits auch mit sachlicher Kritik nicht zurückhalten sollten. In der Praxis ist es aber so, daß die Beschlüsse der Mitgliedschaften nicht die genügende Beachtung finden. Es komme öfter vor, daß der Verbandsfunktionär auf eigene Faust mit der Betriebsverwaltung diesen oder jenen Vertrag abschließe. Es seien genügend Fälle zu verzeichnen, wo der Beschwerdeführer Spießruten laufen müsse, schikaniert und schließlich entlassen werde. Der einfache Arbeiter sei viel zu unbeholfen, um dem Vorgesetzten wirksam entgegentreten zu können. Dadurch schwinde sein Vertrauen zum Verbande, um schließlich bei Baptisten und sonstigen Sektierern Zuflucht zu suchen.

V. K.

*

Fords neuer Plan

Der Automobilkönig arbeitet wieder mit Volldampf. Er erzeugt täglich mehr als 5500 Wagen. Auf ein Jahr umgerechnet wären das 1,65 Millionen, während der General Motor-Konzern, der in den letzten Jahren Ford so stark überflügelt hat, in den ersten neun Monaten 1928 1,6 Millionen Wagen verkauft hat. Ford hat bisher seine Betriebe stets aus laufenden Gewinnen ausgedehnt (Selbstfinanzierung) und hat weder Bankkredit noch Anlagekapital von Außenstehenden angenommen. Sein Geldbedarf ist jedoch so gestiegen, daß er nun auf seine bisherigen Grundsätze verzichten muß. Zuerst nahm er Bankkredite in Amerika auf, jetzt aber wendet er sich zum anlagesuchenden Publikum in Europa, damit dieses seine Aktien kaufe.

In Verbindung damit stehen aber auch diesmal großzügige Produktionspläne. Ford besitzt sowohl in England wie auf dem Kontinent eine Anzahl von Tochtergesellschaften. Jetzt gründet er in England eine Großgesellschaft, die sowohl die englischen wie die kontinentalen Tochtergesellschaften aufnehmen soll. Das Aktienkapital der zu gründenden englischen Gesellschaft beträgt 7 Millionen Pfund, 40 vH dieses Betrages werden von außenstehenden Personen, die auf die Fordaktien gute Hoffnungen setzen, aufgebracht. Außerdem sollen auch jeweils 40 vH des Kapitals der kontinentalen Tochtergesellschaften solchen Personen angeboten werden. Auf diese Weise sollen namhafte Barsummen Ford zufließen. Diese Summen wandern zum größten Teil nach Amerika als Entgelt für die Überlassung der Gesellschaften an die neue Ford-Gesellschaft und werden von Ford zum großen Teil in seiner amerikanischen Automobilproduktion verwendet. Zum Teil sollen sie als Baukapital dienen für den Ausbau einer großen Fabrik in England, die mit einer Erzeugungsfähigkeit von 200 000 Wagen im Jahr die größte Automobilfabrik in Europa sein soll. Da die Produktion der gesamten englischen Industrie im Jahre 1927 unter 200 000 Wagen blieb, so ist der große Umfang der Fordschen Fabriken daraus ersichtlich. Damit soll Ford seine gegenwärtigen Methoden im europäischen Geschäft, Wagenbestandteile nach Europa zu liefern und diese hier zusammenzustellen, aufgegeben haben. Die „Fordisierung" Europas soll durch Belieferung mit Fordwagen von Europa aus erletzt werden. Möglicherweise spielen dabei die Absichten der europäischen Länder, ihre Zölle auf Bestandteile von Automobilen erheblich zu steigern, eine wichtige Rolle.

Krisenzeichen?

Das Institut für Konjunkturforschung stellt in seiner Wochenausgabe vom 5. Dezember Betrachtungen darüber an, in welchem Ausmaß die großen Lohnkämpfe der letzten Zeit, namentlich der Werftarbeiterstreik und die Riesenaussperrung an Rhein und Ruhr, auf die Kaufkraft der Arbeiterschaft und dadurch auf die Wirtschaftslage eingewirkt haben mögen. Man erfährt da ungefähr folgendes. Die Werftarbeiter sollen in den Monaten Oktober und November 17 bis 18 Millionen Mark an Lohn eingebüßt haben, die über 200 000 Ausgesperrten in Nordwest allein im November 45 bis 50 Millionen Mark. An Unterstützung von den Gemeinden und Gewerkschaften haben sie 17 bis 18 Millionen Mark bekommen, so daß — in Nordwest — eine Kaufkraft von rund 30 Millionen Mark während des November ausgefallen sein dürfte. Das ist jedoch bei weitem nicht alles, es kommen die Rückwirkungen auf andere Industrien durch Arbeitsausfall hinzu, sowie die — mindestens vorläufig — verminderte Beschäftigung bei Wiederaufnahme der Arbeit. Beides läßt sich zahlenmäßig nicht erfassen.

Das genannte Institut ist ein wissenschaftliches. Es beschränkt sich auf die Mitteilung der Tatsachen und auf einen Hinweis darauf, daß die Arbeiter den ausschlaggebenden Teil der Käufer bilden, so daß diese Vorgänge den Absatz des Kleinhandels und damit die allgemeine Wirtschaftslage nachteilig beeinflussen müssen.

Anders die bürgerliche Presse. Entweder mit ausdrücklichen Worten oder mindestens zwischen den Zeilen sucht sie den Schuldigen. Und wer wollte zweifeln, daß sie ihn findet? In der Wochenschrift „Tagebuch" verteilt der Universitätsprofessor Oppenheimer seinen Tadel nach beiden Seiten. Für ihn ist das Ganze bloß eine Dummheit, ein Mißverständnis der Führer in beiden Lagern. Die maßgebenden Unternehmerführer sollten sich mit den Gewerkschaftsbeamten an einen Tisch setzen und die Sache mal, an Hand von Oppenheimers Belehrungen, durchsprechen. Dann würden sie einsehen, daß beide Teile beim Kampf mehr verlieren, als sie gewinnen können, und würden schnell einig werden. — Wer denkt nicht an die weisen Leute, die auch den Weltkrieg schon im August 1914 auf dieselbe pfiffige Weise beizulegen sich anheischig machten!

Es gibt jedoch im Unternehmerlager auch Leute, die gründlichere Kenntnisse von diesen Dingen sehen lassen als Oppenheimer. So einer hat im Berliner Börsen-Courier am 1. Dezember das Wort genommen. Vor allem fällt auf, mit welcher Klarheit er die wirklichen Anzeichen einer herannahenden Krise erkennt. Er zeigt, daß sich in den Produktionsmittelindustrien die Geschäftslage langsam aber stetig verschlechtert und daß hier die Dinge ebenso verlaufen wie 1925, wo auf diese Weise die Krise herbeigeführt worden ist. Vielleicht weiß er nicht, daß (nach den Ermittlungen von Karl Marx) dies immer der Weg ist, auf dem eine Krise entsteht. Dann ist um so mehr anzuerkennen, daß er es durch eigene Beobachtung herausgefunden hat und daß ihm der Gleichlauf der Ereignisse 1925 und 1928 aufgefallen ist. Kurz zusammengefaßt teilt er mit: Es fiel in der Zeit von März bis September

die Produktion d. Walzwerke	1925	von 712 000	auf	520 000	Tonnen
	1928	„ 796 000	„	577 000	„
die Aufträge für Maschinen	1925 um	. . . . .			30 vH
	1928 „	. . . . .			10 „
die Einfuhr von Rohstoffen	1925 (Jan.)	von 676	auf (Aug.)	552	Mill. ℳ
	1928 (Feb.)	„ 674	„ (Sept.)	531	„ ℳ

Um übermäßigen Befürchtungen vorzubeugen, sei hier hinzugefügt, daß dies zwar in der Tat schwere Krankheitserscheinungen sind, daß sie aber für sich allein doch nicht ausreichen, um den baldigen Ausbruch einer Krise mit unbedingter Sicherheit vorauszusagen. Freilich nützt das der Arbeiterschaft nicht viel, denn wir sind ja längst so weit, daß auch ohne Krise die Arbeitslosigkeit riesenhaft ist und im Winter noch riesenhafter wird.

Aber nun, was schließt der Verfasser des Aufsatzes aus seinen Ermittlungen? — Er fragt sich, woher dieses Nachlassen der Produktionsmittelindustrien wohl kommen möge, und findet die ganz richtige Antwort: Das kann nur daran liegen, daß die Kapitalisten mit der Anlage ihres Kapitals zurückhalten. Aber warum tun sie das? — Der Verfasser meint: Weil nicht genug Kapital vorhanden ist, weil die Neubildung von Kapital nicht groß genug ist und nicht schnell genug vor sich geht. Und damit ist er denn glücklich an dem Punkte angelangt, wo er von Anfang an hingesteuert hat: die Unternehmer müssen — zu hohe Steuern und zu hohe Löhne zahlen. Womit denn die Schuld wieder den Arbeitern in die Schuhe geschoben und das von vornherein gewünschte Heilmittel gefunden ist: der Staat muß die Unternehmer von Steuern entlasten (was nur geschehen kann, wenn die Arbeiter so viel mehr zahlen) und die Arbeiter müssen mit niedrigen Löhnen zufrieden sein. Dann, aber auch nur dann werden die Unternehmer Geld genug behalten, um es weiter in der Industrie anzulegen, und die Krise wird vermieden.

Man beachte wohl den Widerspruch innerhalb der Wortführer des Bürgertums selbst: nach dem einen droht Geschäftsrückgang und Krise, weil die Arbeiter zu wenig Lohn kriegen, nach dem andern deshalb, weil sie zu viel kriegen.

Wie liegt nun die Sache in Wirklichkeit? Ich habe oben schon gesagt, daß der starke Rückgang der Produktionsmittelindustrien in der Tat ein höchst bedenkliches Zeichen ist. Aber ist es wahr, daß die Unternehmer mit der Kapitalanlage zurückhalten, weil sie nicht Geld genug haben? Der Leser möge sich an unsere vielen ausführlichen Erörterungen über die Jahresabschlüsse von 1927 erinnern. Dann wird er wissen, was von solchem Gerede zu halten ist. Es sind auch schon wieder neue Zahlen hinzugekommen. Von solchen Unternehmungen, die am 31. Oktober ihr Geschäftsjahr abschließen, haben 140 Aktiengesellschaften des Baugewerbes im Durchschnitt 10 vH Reingewinn erzielt; in der Textilindustrie haben wieder zahlreiche Unternehmungen mit 10 bis 11 vH Dividende (also entsprechend höherem Reingewinn) abgeschlossen; in der Schwerindustrie hört man von 10 bis 15 vH Dividende, in den Brauereien von 14 bis 20 vH usw. Zu der Behauptung, die Kapitalisten hätten nicht Geld genug zur Erweiterung der Produktion, kann man also nur lächeln.

Nein, die Dinge verlaufen genau so wie bei jeder Krise und wie sie in der kapitalistischen Wirtschaft gar nicht anders verlaufen können. Die bisherigen Profite waren groß genug, aber es liegen Anzeichen vor, die daran zweifeln lassen, ob die künftigen Profite ebenso groß sein werden; oder sagen wir genauer, ob sie in der gleichen Weise wie bisher wachsen werden. Und das ist der Grund für die Zurückhaltung des Kapitals.

Ibykus.

Druck und Verlag: Verlagsgesellschaft des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Rötestraße 16

32 Jahre magenleidend

Herr O. Z. . . . aus Zerstedt in Hann. — Er nahm regelmäßig den bekannten und bewährten Philippsburger Herbaria-Magenbitteres und gesundete! Sein nachstehend abgedrucktes Dankschreiben und die vielen anderen täglich eingehenden Anerkennungen empfehlen diesen Kräutertrank so sehr, daß wir nichts hinzufügen brauchen. Herbaria-Magenbitteres ist ein ausgezeichnetes und vielbewährtes Naturheilmittel bei Magenschwäche, Magensäure-Überschuß, Sodbrennen, Magen- und Darmkatarrh, Verdauungsschwäche, Magendrücken und vielen anderen Magenleiden.

Herr O. Z. . . . Zerstedt i. Hann., schreibt: . . . . leide seit meinem 21. Lebensjahr an Magenerweiterung, mußte ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen, die bei Durchleuchtung Magengeschwüre feststellte . . . Nahm regelmäßig Herbaria-Magenbitteres, erzielte dadurch Ausbleiben der Magenschmerzen und Steigerung des Appetits. Ihr Herbaria-Magenbitteres hat mich von meinem 32jährigen Magenleiden befreit!

Kur: 6—12 Pakete. Preis pro Paket Mk. 3.— zuzüglich —.30 Porto. Bestellungen (zweckmäßig nicht unter 3 Paketen wegen Portoersparnis) richte man an die Herstellerfirma, worauf Zustellung durch die zuständige Apotheke erfolgt. Auch zu haben in allen durch unser Plakat gekennzeichneten Apotheken, bestimmt in der Elefanten-Apotheke, Berlin SW 19, Leipzigerstr. 74. Nachahmungen bitte zurückweisen, nur die Marke „Herbaria" ist echt!

Alleiniger Hersteller:

Herbaria-Kräuterparadies, Philippsburg M 304, Baden

Nur das Beste

darf gut genug zur Anschaffung sein. Für das Beste ist auch das Billigste. Nur das Beste zu wählen wird sicherlich Ihr Wunsch sein, nur das Beste zu günstigsten Bedingungen. Wir versenden daher unsere Apparate nach auswärts

5 Tage zur Probe

zu bedingungslosem Rücksendungsrecht bei Nichtgefallen, bei geringer Anzahlung gegen bequeme Wochenzahlung v. nur RM. 3.— an. Illustrierter Prospekt mit Preisliste gratis u. frei. Walter H. Garin & Co., G. m. b. H., Alexandrinenstr. 91, Berlin S. 42. Postfach Nr. 302 P.

Was ist Togal?

Togal-Tabletten sind ein hervorragendes Mittel bei **Rheuma, Gicht, Ischias, Grippe, Nerven- und Kopfschmerz, Erkältungskrankheiten!**

Schädigen Sie sich nicht durch minderwertige Mittel! Laut notarieller Bestätig. anerkennen über 5000 Aerzte, darunter viele bekannte Professoren, die gute Wirkung des Togal. Fragen Sie Ihren Arzt. In allen Apoth. Preis Mk. 1,40

6,46 Chlor. 12,6 Lith. 74,3 Acid. acet. sal. ad 100 Amyl.

Anzüge

[illegible] Leder-Jacken, Herbst- u. Winterpaletots, Damen-Mäntel, Schuhe u. Stiefel [illegible] Tagesgarnituren [illegible] Rückmeldungsrecht gegen Anzahlung [illegible] Wochenzahlungen v. 6.— M an. Illustrierter Prospekt mit Preisl. gratis u. frei. Walter H. Garin, Berlin S 42, Post: 302 B.

75 Pfennige WOCHENRATE

und Dein Heim schmücken **BILDER** allerfeinster Qualität!

Hochkünstlerisch gerahmte Reproduktionen erster Meisterwerke unter Glas. Größe 60×80 cm bis 65×85

Ohne Anzahlung

Buntfarbiger Prachtkatalog 3 völlig spesenfrei.

Tausende zufriedene Kunden!

Kunstverlag und Bilderversand WANDSCHMUCK HEINRICH & Co. Berlin N 65, Ofener Strasse 7

Geld wie Heu

sparen Sie bei Bezug meiner

Gänsefedern

Verlangen Sie Gratismuster und Preisliste

Johann Wodrich Bettfedernfabrik Neu-Trebbin 4 (Oderbr.)

Extraktreine **Likössenzen** zum Selbstbereiten v. Likören, 1 Dtz. für 12 Liter ausreich. M. 3.60 Laborat. E. Walther Halle-Trotha

Musik-Instrumente

Mandolinen, Sprechmaschinen, direkt. Verf. ab Fabrikant, Scheckpl. 1 J. m. Mieder. Preise! Neell! Ilust. gratis. R. Rillig! Neuerbl. gri. gesch. Sprechm. m. Heinlein-Übertragerei. Musik. Einzelstück Nachf. Stammfirma, gegründet 1872, Klingenthal i. S. 64. Großer Katalog gratis. Tausende Dankschreiben.

MUSIK-Instrumente

aller Art billigst direkt an Private. Katal. grat. Auch Teilz. Carl Heinel, Sangerthal 12 bei Klingenthal (Sa.)

Ca. 100000 MUSIKFREUNDE

ZIEHHARMONIKAS	[illegible]
VIOLINEN	[illegible]
MANDOLINEN	[illegible]
GITARREN	[illegible]
GITARRZITHERN	[illegible]
CLARINETTEN	[illegible]
GROSSE FLÖTEN	[illegible]
TRÖMMELN	[illegible]
SIGNALHÖRNER	[illegible]
TROMPETEN	[illegible]
SPRECHAPPARATE ohne	[illegible]
PLATTEN 25 cm	[illegible]

Aufträge der N.B. nach Deutschland zahlen HANDELSGESETZ AUF MUSIKINSTRUMENTE

Jedes Instrument 8 Tage zur Probe Umtausch bei Nichtgefallen.

Versand ab Fabrik direkt an Private

MEINEL & HEROLD KLINGENTHAL Nº 278

Musik-Instrumente

für Orchester, Schule und Haus. Großer Katalog umsonst. Teilzahlung gestattet.

Max Dörfel, Klingenthal i. Sa. 128

Autofahrschule

K. Rowedel, Berlin Gartenstraße 24 Telefon Norden 13080

Amerikanisches Sporthemd

a. Kunstseide, eingr. Hemdhoff Mk. 6.50 Sportbeinkleid 3.75 J. M. Marcus, Frankfurt a. Oder, Fürstenwalder Str. 12.

Billig rauchen

kann oder der Tabak unbezahlt und es die Händler gewinne selbst verdient. Über von Rippentabak über von Mk. [illegible] — das Pfund Zigarren von Mk. 5 — a 100 Stück an, weitere Sorten auch meiner Preisliste, die Ihr auch unbedingt anfordern wollen von der altbekannten

Tabakfabrik **Alfred Breining** Brackenheim 33 in Baden

Gummi-Artikel

warm. hygienische Artikel, Preisliste P gratis. MEDICUS BERLIN SW 68 Alte Jakobstraße 9

Arbeiter!

Schlosser, Monteure! Ueber tausend neue Stellen und tausende von Nachbestellungen im letzten halben Jahr ist der beste Beweis für die Güte meiner Ware. Darum bestellen auch Sie einen Anzug Marke Monteur, ganz hervorragende Qualität mit Unterfrage, 2 Seiten und einer Brusttasche Nr. 6.40 Mk. Versand p. Nachn. Umtausch gest. Richard Theber, mech. Weberei und Versandgeschäft, Zeppenhausen, Bez. Kassel.

24 Stück gute Toilettenseife nur 1,50 Handtücher Stück 29 Pf. Bett.-Hemden 3.— u. Porto. Katalog gratis. M. Greismann München 59/172

Ihr Technikum

zur Vorbereitung im Maschinenbau und in der Elektrotechnik zum Werkmeister, Techniker, Ingenieur ohne Berufsstörung sind die Selbstunterrichtsbriefe des Syst. Karnack-Hachfeld.

Unterstützung des Selbstunterrichts durch Teilnahme an Fernunterricht. Abschlußprüfung kommen Sie vor einer Kommission ablegen, worüber amtliche Prüfungsbestätigung erteilt wird.

Nachholung versäumter Schulprüfungen (Obersekundareife, Abiturientenexamen) durch die Selbstunterrichtsbriefe der Methode Kaestle. Ebenso kaufmännische, fremdsprachl. und naturwissenschaftl. Ausbildung. Bequeme Monatszahlungen. Berufsberatung und Prospekt kostenlos. Lehrproben zur Ansicht.

Deutsches Lehrinstitut, Potsdam Tz. 29

WER MUSIK LIEBT UND MUSIK KENNT

versendet direkt an Private MUSIKINSTRUMENTE-SPRECHAPPARATE HEROLD & Co. KLINGENTHAL, SA. Nr. 48

KAUFT NUR EIN HEROLD-INSTRUMENT

Stahl-Polster-Metall- und Holzbetten Matratzen

Chaiselongues, Schlafzimmer an Privat-, Ratenzahlung. Katalog 78 frei. EISENMÖBELFABRIK SUHL (Thür.)

Billige böhmische Bettfedern

— Nur reine gutfüllende Sorten — Ein kg graue geschlissene Mk. 3,—, halbweiße Mk. 4,—, weiße Mk. 5,—, bessere Mk. 6,—, 7,—, daunenweiche Mk. 8,—, 10,—, beste Sorte Mk. 12,—, 14,—, weiße ungeschlissene Mk. 7,50 Mk. 9,50, beste Sorte Mk. 11,—. Versand portofrei, zollfrei gegen Nachn. Muster frei. Umtausch und Rücknahme gestattet. Benedikt Sachsel, Lobes 84, bei Pilsen, Böhmen.

Betten aus dichtem Bett-Inlett

Oberbett mit 7 Pfund	18,85	19,75	20,75
Unterbett mit 6 Pfund	14,90	18,20	22,50
1 Kissen mit 2½ Pfund	4,50	5,90	6,95
Vollständiges Bett	35,—	43,—	55,—
Bettfedern	1,25	1,50	2,00
Halbdaunen	3,—	4,50	5,95
Daunen	8,50	10,50	12,50

Preisliste gratis. Umtausch oder Geld zurück. Viele Dankschr. Nachnahmeversand. Bettenfabrik H. Möller, Kassel 20, Mönchebergstr. 8½

Billige böhmische Bettfedern

1 Pfund graue, gute, geschlissene Bettfedern 80 Pf., best. Qual. 1 Mk., halbweiße, flaumige 1,20 u. 1,40 Mk.; weiße, flaumige geschlitt. 1,70, 2,00, 2,50; 3 Mk.; feinste, geschlissene Halbflaum-Herrschaftsfedern 4, 5, 6 Mk.; Kaufedern, ungeschlissene mit Flaum gemischt, halbweiße 1,75 Mk., weiße 2,40, und 3 Mk.; allerfeinster Flaumdaunenkopf 3,50 und 4,50 Mk. Versand jeder beliebigen Menge gesichert gegen Nachnahme von 10 Pfund an franko. Umtausch gestattet oder Geld zurück. Preise und Preisliste kostenlos. G. Wenisch, Prag XII., Americká ul. Nr. 26/869, Böhmen.

Billige Bettfedern

Graue, gute, geschlissene 1 Pfund 1,— Halbweiße 1,50 Weiße 2,— Daunenweiche 3,— Versand gegen Nachnahme. Ernst Hoffmann, Bettfedernfabrik, Neustadt i. Sa.

Metall- Holz- BETTEN Stahlmatratzen

Kinderbetten, Polster, Schlafzimmer, Chaiselongues an Private. Ratenzahl. Katalog 74 frei. EISENMÖBELFABRIK SUHL (Thür.)

110 verschiedene Proletarische Platten

einzig i. d. Art. Gesangsp. gr. Autor. Genossen verl. sofort Verzeichnis grat. Musik-Steinhard, Weimar-Thür. 521

Verlagsgesellschaft des DMV

Gediegene Druckarbeiten

Fachmann

in mittlerer Maschinen- und Werkzeugfabrik der Schweiz gesucht

Tüchtige, selbständige Universalfräser

im Werkzeug-, Vorrichtungs- und leichteren Maschinenbau erfahren. Ferner

1 tüchtigen Dreher

der auch im Hinterdrehen selbständig ausgebildet ist. Dauernde Anstellung und gute Bezahlung. Bewerbungen mit Zeugnisabschriften unv. unter O. B. 3 an die Verlagsgesellschaft des DMV, Stuttgart, Rötestr. 16

Stellungsgesuche sind nicht an die Schriftleitung, sondern nur an die Verlagsgesellschaft des DMV, Stuttgart, zu richten

Schreiben Sie uns!

Senden Sie mir gratis und franko Ihren reich illustrierten Prachtkatalog!

Sie werden staunen über die riesige Auswahl.

Fahrräder und Nähmaschinen, Fahrradteile, Foto- und Sportartikel, Musikwaren, Uhren, Geschenk- und Haushaltartikel nur bester Qualität zu niedrigstem Preis.

Sigurd Gesellschaft, Fahrrad-Fabrik Kassel

Der große Flatowsche Kommentar zum Betriebsrätegesetz

Von der ungekürzten Gewerkschaftsausgabe dieses allgemein bekannten und anerkannt besten Kommentars zum Betriebsrätegesetz von Ministerialrat Dr. Flatow ist soeben ein Neudruck erschienen. Er enthält die Änderungen des Gesetzes vom 28. Febr. 1928. Das Buch ist in dauerhaftem Ganzleinenband gebunden und kostet nur einen Bruchteil des regulären Preises:

in Ganzleinen, für Gewerkschafter statt Mark 18,— zum Vorzugspreis von Mark 7,50

Lieferung erfolgt nur direkt an freigewerkschaftlich organisierte Arbeitnehmer bezw. an deren Verbände

Ein Jahr Arbeitsgerichtsbarkeit

Die Rechtsprechung der Arbeitsgerichtsbehörden

Betriebsrätegesetz — Otto Eichler, Stuttgart

Arbeitsvertragsrecht — Dr. F. Neumann, Berlin

Tarifrecht — Dr. Ernst Fraenkel, Berlin

Arbeitsgerichtl. Verfahren — Cl. Nörpel, Berlin

Preis der Broschüre 1 Mk. pro Exemplar

Bezug durch sämtliche Verwaltungsstellen des DMV sowie durch die

Verlagsgesellschaft des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Rötestr. 16

Verantwortlicher Anzeigenmeister: „Werber", Gesellschaft für Anzeigen- und Werbewesen m. b. H., Berlin SW 11, Königgrätzer Straße 87 — Der Abschlußtag Anzeigen, der nur als Kopfumbruch gilt — Fernruf: Bergmann 8080—8083 Postscheckkonto Berlin 3536 — Druckschrift: „Werber"-Drucker, Berlin — Verantwortlich für den Anzeigenteil: Hans Langer, Berlin SW 11